

flutter:

Geht da noch was?



Thema **Klasse**

Wo

wir stehen

Klamotten, Sprache, Ansehen:
Klasse macht sich an vielem
fest. Zu einem großen Teil auch
am Geld, das man hat – oder
eben nicht. Wie Einkommen
und Vermögen in unserem Land
verteilt sind, kannst du in diesem
Dossier sehen: bpb.de/verteilung

Editorial

Milieu, Schicht, Klasse – der Streit um die soziale Ordnung nimmt bei uns an Fahrt auf, auch weil der Zusammenhalt in der Gesellschaft fragwürdig geworden ist.

Im eigentlich faszinierenden Kaleidoskop der Lebensentwürfe und Erfahrungen werden Muster erkennbar, die zunehmende Spannungen und ungleiche Machtverhältnisse anzeigen. Sie behindern die Entfaltungsmöglichkeiten vieler Menschen. Kurz gesagt: Klasse existiert, wenn sie nicht überwunden werden kann. Die Balance des Sozialen ist gefährdet. Die Dynamiken der Entwicklung in Wirtschaft und Gesellschaft passen nicht mehr recht zusammen.

In den westlichen Demokratien gilt das Versprechen, dass ein Aufstieg durch Leistung für alle möglich sein soll. Dabei gibt es eine Garantie zur Solidarität, wie sie bei uns als Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im Grundgesetz verbriefte ist.

Das öffentliche Selbstbild der Gesellschaft ist in Deutschland immer noch eines der Mitte. Immerhin gibt es diese Mitte als zahlenmäßig größte Schicht. Aber sie ist heterogen und in Bewegung. So gehören gut verdienende Akademiker dazu, aber auch große Teile des Pflegepersonals – sie unterscheiden also einiges, nicht zuletzt ihr Einkommen und die Anerkennung. Gerade der untere Teil der Mittelschicht ist ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Ohne diesen läuft wenig, das hat die Pandemie noch deutlicher gemacht. Aber was hat diese Gruppe davon?

Wenn Kinder ein Armutsrisiko sind, Bildungswege von der Herkunft bestimmt werden, die Lebenserwartung vom sozialen Status abhängt, dann kann etwas nicht stimmen. Wenn es nicht gelingt, den Unterschied zwischen Reich und Arm besser auszugleichen, und zudem Millionen in prekären Verhältnissen arbeiten, fällt die Gesellschaft weiter auseinander. Dazu trägt auch bei, dass sich Vermögen in immer weniger Händen konzentriert und es viele Menschen nicht schaffen werden, sich vor Altersarmut zu schützen. Was hält die Gesellschaft für viele dann noch zusammen, wenn Angst und Ignoranz zunehmen?



Überall in der Welt kämpfen soziale Bewegungen für mehr Gleichheit: Unser Bild zeigt Angehörige der mexikanischen Zapatistas. Die aus dem armen Bundesstaat Chiapas stammende Organisation kämpfte früher mit Waffengewalt, unter anderem für mehr Rechte der Indigenen und gegen eine neoliberale Wirtschaftspolitik. Heute geschieht das mit friedlichen Mitteln

Die soziale Dimension wird in den laufenden Debatten zunehmend deutlicher: Kann der Zusammenhalt weiter gelingen und die Gesellschaft gerechter werden? Wie nutzen wir den technischen Fortschritt, die Revolutionen der Digitalisierung und den grundlegenden Wechsel zu mehr Nachhaltigkeit und Klimagerechtigkeit für eine neue Ordnung des Gemeinsamen?

Es kann noch grimmiger werden, wenn es einfach so weiterläuft wie bisher. Hoffnung macht der Protest aus unterschiedlichsten Schichten und politischen Lagern. Hier wird um Lösungen gerungen, wie unsere Gesellschaft wieder solidarischer werden kann. Sie alle eint der Wille zur Veränderung und das politische Wissen: Da geht noch was.

Thorsten Schilling

Inhalt

All people are equal! Zumindest wenn es ums Abo geht. Das ist für alle gratis: www.fluter.de/abo



6 Aufwärts und abwärts

Die einen haben Angst vor der Armut, die anderen davor, die falschen Klamotten zu tragen. Ein klasse Interview

10 Was uns krank macht

In Deutschland hängt die Lebenserwartung sehr vom sozialen Status ab

12 Der Traum vom besseren Leben

Als Türkinnen in Deutschland hatten viele Frauen keine guten Startbedingungen

16 Sag mal!

Du bist, wie du sprichst: Auch in der Sprache spiegelt sich Klassenzugehörigkeit wider

17 Zum Heulen

In Deutschland haben es allein-erziehende Mütter nicht leicht

18 Eure Wut ist so herrlich authentisch

Manche finden Nürnberg-Gostenhof gentrifiziert – andere nur schöner als früher

21 Marx und mehr

Wo kommt der Begriff Klasse eigentlich her?



22 Wohin geht die Fahrt?

Die Mittelklasse in Kenia ist größer geworden. Viele Menschen sind trotzdem nur einen Schritt von der Armut entfernt

24 Hartz, aber herzlich

Wie arbeitslose Menschen mehr Sicherheit bekommen könnten

26 Eine Karte der Gesellschaft

Wo stehst du eigentlich? Auf unserem Schaubild kannst du sehen, wonach sich Klassen und Milieus einteilen lassen

28 Welcher Rolls-Royce?

Viele Superreiche sprechen ungern über ihren Besitz. Ein paar Informationen gibt es aber

30 Immer diese Privilegien

Luisa erzählt von ihrer Zeit auf einem Eliteinternat

31 Guck mal, wie arm!

Im Fernsehen lacht man immer noch gern über sozial Benachteiligte

32 Nicht eure Affen

Beim Lieferdienst Gorillas begehren die Fahrer und Fahrerinnen auf

34 Klassen-Arbeit

Bildungschancen sind immer noch stark von der Herkunft abhängig. Es könnte anders sein

36 93

Eine klassenbewusste Foto-reportage aus einer Banlieue in Frankreich

40 Aber sie trug doch so oft Gucci!

Wie ein Mädchen aus Eschweiler die New Yorker Society reinlegte

42 Hoch hinaus

Für manche Rapper ist Geld megawichtig, andere sind cooler

44 Was aus uns werden kann

Für den IS gab es nur Gläubige und Ungläubige. Die syrische Stadt Rakka versucht sich davon zu erholen

47 „Ich wisch euren Opas den Po ab“

Ohne sie geht nix – und dennoch bekommt sie kaum Anerkennung. Eine Pflegerin erzählt

48 Ach du je, ein Sachse

Auch über 30 Jahre nach der Wende fühlen sich viele Ostdeutsche als Bürger und Bürgerinnen zweiter Klasse

50 Impressum & Vorschau



Nicht nur bei den Einkommen, auch bei den Vermögen zeigt sich die soziale Ungleichheit: Viele ärmere Menschen geben ihr geringes Einkommen komplett für Lebensmittel, Miete und Heizung aus, ohne die Chance auf Wohneigentum. Dabei ist der Wert von Immobilien – wie der von Aktien – in den vergangenen Jahren stark gestiegen, was auch mit den niedrigen Zinsen zu tun hat. Investitionen in Immobilien sind lukrativer als Sparkonten. Auch durch die Mittelschicht verläuft die Trennlinie aufgrund von Besitz: Wer gut verdient, aber kein Vermögen hat, kann schneller absteigen als Menschen, die etwas besitzen.

Geht aufs Haus

Aufwärts

A man with dark skin and short curly hair is sitting on a large pile of discarded items, including plastic bags, papers, and a patterned cushion. He is wearing a leopard print button-down shirt, dark sunglasses, and several necklaces and bracelets. He holds a lit cigarette in his right hand. The background shows a brick building and large colorful tarps (green, yellow, blue). The overall scene suggests a theme of social or economic struggle.

Interview von Oliver Gehrs
Fotos: Jana Sophia Nolle

und abwärts

Fluter Nr. 81, Thema: Klasse

fluter: Der Begriff „Klasse“ klingt ein bisschen veraltet, nach Klassenkampf und Kommunismus. Wie kommt das?

Andreas Reckwitz: Bei Karl Marx, der den Klassenbegriff entscheidend geprägt hat, hängt die Zugehörigkeit zu einer Klasse vom Verhältnis des Menschen zu den Produktionsmitteln ab. Da gibt es auf der einen Seite die Kapitalisten, denen Produktionsmittel wie Maschinen gehören, und auf der anderen Seite das Proletariat mit seiner Arbeitskraft. Das machte damals im 19. Jahrhundert auch Sinn, hat aber im Laufe des 20. Jahrhunderts an Glaubwürdigkeit verloren.

Aber heute ist der Klassenbegriff wieder in aller Munde. Warum?

Wenn man heute von Klasse spricht, geht es nicht nur um ökonomische Fragen, sondern auch um verschiedene Lebensstile und symbolisches Prestige. In der Soziologie ist seit den 1980er-Jahren der Klassenbegriff kaum mehr verwendet worden. Man erkannte vielmehr eine Individualisierung und Pluralisierung der Lebensstile. Diese erschienen im Prinzip gleichberechtigt.

Davon kann man heute nicht mehr sprechen. Der Lebensstil von Ärmern wird oft abgewertet. Für die Ausgrenzung wegen der sozialen Herkunft gibt es den Begriff „Klassismus“.

Man sieht heute, dass es eben nicht nur Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe, der sexuellen Orientierung oder des Geschlechts gibt, sondern auch aufgrund des Lebensstils und seines sozial-kulturellen Status. Es kommt zum Beispiel häufig vor, dass Menschen aus der sogenannten Unterschicht in den Medien als defizitär dargestellt werden, als Menschen, denen angeblich Kompetenzen fehlen. Plakativ gesagt: die sich nicht um ihre Kinder kümmern können, die Chips essend auf dem Sofa sitzen, anstatt sich zu bewegen.

Warum hat das Versprechen der Bildungsgerechtigkeit eigentlich nicht für alle funktioniert?

Es gibt in der Gesellschaft eine Kluft zwischen Bildungsgewinnern und Bildungsverlierern. Das Abitur und der Hochschulabschluss sind fast zu einer neuen Norm geworden. Wer „nur“ Mittlere Reife oder einen Hauptschulabschluss hat, nimmt sich häufig als Verlierer wahr. Gleichzeitig hat die Anzahl der Akademikerhaushalte zugenommen. Mehr Bildungschancen und Aufstiegschancen zu schaffen ist zweifellos immer gut. Das löst aber nicht das Problem des häufig mangelnden gesellschaftlichen Ansehens von jenen, die in der *service class* beschäftigt sind. Das sind die, die schlecht bezahlte Dienstleistungen erbringen. Für die Gesellschaft ergibt sich das Problem, dass sie am Ende nichtakademische Tätigkeiten, die auch gesellschaftlich nötig sind, nicht mehr besetzen kann. Wenn diese Tätigkeiten aber gesellschaftlich defizitär erscheinen, als Berufe von Menschen, die „es nicht geschafft haben“ im Leben, ist das kein Wunder.

Jahrelang dachte man, es ginge für alle aufwärts, aber das hat sich inzwischen als Trugschluss erwiesen. Aufwärts geht's vor allem mit der Zahl der Armen und dem Vermögen der Reichen. Und dann tobt auch noch in der Mitte ein Kulturkampf zwischen modernen und konservativen Menschen. Ein Gespräch mit dem Soziologen Andreas Reckwitz*

Früher gab es die Vorstellung von einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ – das heißt, dass alle am wachsenden Wohlstand teilhaben und es im Grunde keine großen Unterschiede gibt. War das Selbstbetrug?

Von den 1950er-Jahren bis in die 1970er-Jahre stimmte das mit Abstrichen. Es gab selbstverständlich keine totale soziale Gleichheit, aber die materiellen Unterschiede waren weniger stark und auch weniger sichtbar als heute. Auto, passable Wohnung oder Haus, Jahresurlaub – das Mittelschichtleben der damaligen Zeit wurde fast allen geboten. Der Soziologe Ulrich Beck hat dafür das Bild vom Aufzug benutzt, in dem alle nach oben fahren. In der damaligen klassischen Mittelstandsgesellschaft sind tatsächlich viele nach oben gefahren, wenn man sich die Einkommen anschaut und die Optionen, die sich dadurch ergaben. Aber auch im Aufzug gab es natürlich soziale Unterschiede, nicht alle fahren in derselben Etage los. Hinzu kommt: Die Mittelstandsgesellschaft war auch kulturell recht homogen und nivelliert. Natürlich gab es politische Differenzen, aber deutliche kulturelle Unterschiede der Werte und Alltagspraktiken zeigen die Milieustudien erst seit den 1980er-Jahren.

Es gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die inzwischen von einer Abstiegsgesellschaft sprechen. Beschreibt das die heutige Situation besser?

Dass es einen gesamtgesellschaftlichen Abstieg quasi für alle gibt, sehe ich nicht. Es gibt vielmehr eine Gleichzeitigkeit von Ab- und Aufstieg. Gerade das ist aber besonders brisant. Wir befinden uns nicht mehr in einem gewöhnlichen Fahrstuhl, sondern in einem Paternoster, in dem es gleichzeitig für manche aufwärts- und für andere abwärtsgeht.

Wer fährt denn gerade nach oben?

Neben der neuen Oberklasse mit ihrem hohen Vermögen ist das jene neue Mittelklasse, die durch die Akademisierung an kulturellem Kapital, an Bildungskapital gewonnen hat. Wenn man in zukunftsorientierten Berufen der Wissensökonomie arbeitet, kann man sich als Teil des Modernisierungsprozesses sehen. Häufig lebt man hier auch in den Metropol-

regionen, die prosperieren. „Nach oben fahren“ heißt in dieser Gruppe übrigens nicht, dass man im historischen Vergleich unbedingt an Einkommen gewonnen hat.

Gibt es in der Mitte auch Verlierer?

Der traditionellen oder alten Mittelklasse geht es materiell häufig noch recht gut. Aber man sieht sich kulturell und in den Zukunftsaussichten häufig in der Defensive: Die Digitalisierung und der Ausstieg aus fossilen Rohstoffen bedrohen manche Berufe. Jenseits der Metropolregionen dünnt sich das öffentliche Leben häufig aus. Die jungen Akademiker ziehen zum Teil von dort weg. Traditionelle Mittelschichtswerte wie die klassische Familie, Disziplin oder auch Heimatverbundenheit sind heute keine unstrittigen gesellschaftlichen Werte mehr, sodass man Einflussverluste erleidet. Man spürt, dass das Wertesystem, für das man steht, nicht mehr modern ist. Das Ergebnis kann Verbitterung sein.

Wie kann Politik da versöhnend wirken?

Die Politik kann da nur begrenzt agieren. Die Veränderungen der Sozialstruktur und der Alltagskultur sind ja Prozesse, die seit Jahrzehnten stattfinden und mit Entindustrialisierung, Wertewandel und Bildungsexpansion zu tun haben. Das kann man nicht einfach zurückdrehen. Industriebjobs verschwinden, Akademiker werden mehr, Wissen wird wichtiger, die Gesellschaft liberaler. Aber natürlich kann man politisch versuchen, an bestimmten Stellschrauben zu drehen.

Lassen Sie uns über den Niedriglohnsektor sprechen. Hat die Coronapandemie dazu beigetragen, Menschen ins Licht zu rücken, die für wenig Geld wichtige Jobs erledigen?

Der Niedriglohnsektor ist ein Bereich, in dem die Politik tatsächlich wirken kann. Vielleicht war die Pandemie da für manche ein Augenöffner: Man hat gesehen, dass es ohne die Menschen, die in der *service class* körperlich arbeiten, gar nicht geht. Ohne die Pflegerinnen, die rund um die Uhr arbeiten, die Lkw-Fahrer, die Regalbefüller. Man hat gemerkt, wie notwendig sie für das Funktionieren der Gesellschaft sind.

Aber außer Applaus haben sie nichts bekommen ...

Vielleicht kommt da ja noch mehr. Die Erhöhung des Mindestlohns oder auch Verhandlungen im Pflegebereich stehen ja an. Ein Problem ist, dass dieses Dienstleistungsproletariat politisch nicht so artikuliert ist und keinen Druck ausübt. Dabei sind sie eigentlich die Erben der Arbeiterschaft von gestern, das heißt: die Erben der einstmaligen großen Gruppe, die von körperlicher Arbeit lebte.

„Ich bin Bergmann, wer ist mehr?“

So hieß es früher, worin sich das Selbstbewusstsein der Arbeiterschaft ausdrückte. Wo ist dieser Arbeiterstolz geblieben?

Das Proletariat hatte sich im Laufe der Zeit politisch organisiert und ein großes Selbstbewusstsein entwickelt. Viele sind auch aufgrund der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften in die Mittelklasse aufgestiegen. „Wir sind das Fundament der Gesellschaft, ohne uns läuft hier nix“ – diese Gewissheit ist durch die Entindustrialisierung in den westlichen Gesellschaften verschwunden. Drei Viertel der Arbeitsplätze sind heute im Dienstleistungssektor angesiedelt, ein Teil davon ist die Wissensökonomie der Hochqualifizierten, ein anderer aber eben die *service class*. Sie hat nicht an das Selbstbewusstsein der früheren Arbeiterklasse angeschlossen. Wenn es unter ihnen ein Klassenbewusstsein gibt, ist es eher ein negatives. Man gehört zu den Marginalisierten, macht die Drecksarbeit und wünscht seinen Kindern, dass sie aus der eigenen Klasse aufsteigen.

Ist das Selbstbewusstsein dieser unterschätzten Arbeitskräfte während der Corona-Pandemie gestiegen?

Vielleicht ändert sich da gerade was. Wenn man sich den Pflegebereich anschaut, merken die Menschen dort, wie wichtig sie für die Gesellschaft sind.

Ein Beispiel dafür ist auch der Streik an der Charité.

Möglicherweise ist das bezeichnend. Es kann aber auch sein, dass der Markt für mehr Anerkennung und höhere Löhne sorgt. In England sieht man, was ohne Lkw-Fahrer passiert, die man nun dringend sucht. Da steigen auch die Löhne.

1995		2018	
6	Obere Einkommensschicht	7	%
		+1	
11	Obere Mittelschicht	11	
		+0	
33	Mittlere Mittelschicht	32	
		-1	
26	Untere Mittelschicht	21	
		-5	
24	Untere Einkommensschicht	29	
		+5	

Die Mittelschicht in Deutschland ist brüchig:

Zwischen 1995 und 2018 sank der Anteil derjenigen, die zur Mitte gehören, von 70 Prozent auf nur noch 64 Prozent. Davon sind fünf Prozent in die untere Einkommensschicht abgestiegen. Das ist das Ergebnis einer Studie der OECD und der Bertelsmann Stiftung. Die Forscher zählen zum Beispiel Paare mit zwei Kindern zur breiten Mitte, die monatlich zwischen 3.000 und 8.000 Euro zur Verfügung haben. Besonders junge Menschen haben zunehmend Probleme, nach ihrer Ausbildung in der Mittelschicht zu landen. Ihr Anteil an der Mitte sank um zehn Prozent.



In den USA ist die Gefahr, aus der Mittelschicht abzustiegen, ziemlich groß – unter anderem, weil soziale Sicherungssysteme wie in Deutschland fehlen. In San Francisco kostet zudem eine Einzimmerwohnung schon mal 3.000 Dollar im Monat – auch, weil hier viele gut verdienende Mitarbeiter der Techfirmen im Silicon Valley wohnen. Die Bilder der deutschen Fotografin Jana Sophia Nolle zeigen Menschen, die vor Kurzem noch Arbeit und Wohnung hatten – und nun ein Leben auf der Straße beginnen müssen

zwischen neuer Mittel- und Oberklasse durchaus Gemeinsamkeiten, aber die finanziellen Möglichkeiten sind eben andere.

Wie kommt es eigentlich, dass Unterschichtsmerkmale wie Tätowierungen oder Jogginghosen von höheren Schichten übernommen werden?

Es gibt in der neuen Mittelklasse und der neuen Oberklasse – durchaus im Gegensatz zur alten Mittelklasse und alten Oberklasse – eine Tendenz zur Informalisierung, zum Unpräzisen. An der Oberfläche scheinen sich die Klassendifferenzen so aufzulösen. Aber natürlich ist das nur die Oberfläche. Man ist hier ja nicht auf Adiletten, Rap und Tattoos festgelegt. Die Mitglieder der modernen Mittelklasse oder der Oberklasse haben vielmehr meist ein breiteres kultu-

relles Repertoire: Man schaut Netflix-Serien, kann aber auch über Literatur reden oder ins klassische Konzert gehen. Man trägt Jeans und Sneakers, blamiert sich aber beim formalen Dinner nicht. Die Unterklasse hat dieses Repertoire nicht, so könnte man urteilen. Und damit wären wir wieder beim Thema Klassismus...

Die Unterklasse hat sich verändert, die Mittelklasse hat sich aufgeteilt, aber auch die Oberklasse ist nicht mehr die von früher. Statt Vermögen, die über lange Zeit erwirtschaftet werden, gibt es mittlerweile viele Superreiche, die in kurzer Zeit über Start-ups oder Börsengewinne aufsteigen.

Analog zur Mittelklasse gibt es auch eine alte und eine neue Oberklasse. In der neuen Oberklasse gibt es oft ein extrem hohes Arbeitseinkommen, mit dem sich dann zugleich ein entsprechendes Vermögen aufbauen lässt. Gerade im Start-up-Bereich spielt dann auch gesellschaftliches Engagement eine Rolle.

Wenn früher jemand mit Flip-Flops und kurzen Hosen in ein Nobelhotel gekommen wäre, hätte man ihn vermutlich rausgeschmissen. Heute denkt das Personal schon mal, dass es ein IT-Milliardär sein muss.

Der Lebensstil der neuen Oberklasse orientiert sich offenbar nicht mehr so einfach an den Statussymbolen von gestern. Die Gesundheit, der Körper, die psychische Ausgeglichenheit können dann zu wichtigeren Zielen werden. Auch das kann einiges ökonomisches Kapital erfordern.

Sie meinen: Man kann eine Ayurveda-Kur für 1.000, aber auch für 20.000 Euro machen?

Zum Beispiel. Gerade physische und psychische Assistenz – Personal Trainer, Coaches, Therapeutinnen –, überhaupt die Inanspruchnahme hochqualifizierter Dienste, kann sehr kostspielig sein. Dienste – zum Beispiel auch Privatschulen oder -universitäten, private Ärzte – werden hier teilweise wichtiger als materielle Güter. Wobei das Interessante ist, dass kulturelle Innovationen wie gesunde Ernährung, Selbsterfahrungen oder bestimmte Kleidungsstile eher aus dem jungen kreativen, urbanen Mittelstandsmilieu kommen und von der Oberklasse übernommen und ins Luxuriöse weiterentwickelt werden. Auf der kulturellen Ebene gibt es also

Die Schere zwischen Arm und Reich klappt immer weiter auseinander. In den USA hat das oberste eine Prozent mehr Vermögen als die 60 Prozent, die als Mittelklasse eingestuft werden. Weltweit hat die Zahl der Milliardäre im vergangenen Jahr deutlich zugenommen. Was passiert in einer Gesellschaft, in der die einen immer reicher werden und die anderen zunehmend Abstiegsängste haben?

Ich denke, dass es auf zwei Ebenen ein Legitimationsproblem mit dem sehr hohen Reichtum geben kann: Wenn Reiche dank ihres Vermögens politisch enorm einflussreich werden wie zum Beispiel in den USA, dann unterminiert das den demokratischen Prozess. Und wenn das Vermögen vor allem durch Erbschaft zustande kommt oder durch Gewinne auf dem Finanzmarkt, dann widerspricht das dem modernen Leistungsethos, dem zufolge sich Einkommen und Status ja aus der eigenen Arbeitsleistung ergeben sollen. Wenn sich in der Gesellschaft der Eindruck festsetzt, dass dies nicht mehr unbedingt zählt, dann ist das zweifellos ein Problem. ↵

*Unser Gesprächspartner gehört eindeutig der Klasse der Intellektuellen an. Er ist Professor an der Humboldt-Uni Berlin und hat u. a. das Buch „Das Ende der Illusionen“ geschrieben (Suhrkamp Verlag)



Was

Von Selmar Schülein
Illustration: Wolfgang Wiler

Es ist eine leise Katastrophe, die trotz guter Datenlage fast unsichtbar ist. Die Lebenszeit, die ein Mensch in Deutschland zur Verfügung hat, ist abhängig von der sozialen Klasse: Menschen, die körperlich arbeiten, sterben in Deutschland durchschnittlich über vier Jahre früher als Beamte und Beamtinnen. Kassenpatienten erwartet ein deutlich kürzeres Leben als Privatversicherte, und das gesundheitliche Wohl könnte zwischen über- und unterdurchschnittlich verdienenden Menschen kaum unterschiedlicher sein. Arme Männer in Deutschland haben eine über 14 Jahre kürzere beschwerdefreie Lebenserwartung als jene, die das Anderthalbfache des Durchschnitts verdienen. Im Jahr 2019 galt ein Mensch als arm, der nicht mehr als 1.074 Euro im Monat zum Leben hatte.

Die Coronapandemie hat diese existenzielle Benachteiligung in zahlreichen Ländern sichtbar gemacht, denn das Virus trifft nicht alle sozialen Klassen gleichermaßen. Ärmere und sozial benachteiligte Menschen tragen ein deutlich höheres Risiko für schwere Krankheitsverläufe und hatten in Deutschland im vergangenen Winter eine bis zu 70 Prozent höhere Sterblichkeitsrate bei einer Covid-19-Infektion. Besonders in den USA traf das Virus die ärmere – und oft nichtweiße – Bevölkerung deutlich stärker. Diese Menschen kamen fast dreimal so oft ins

Krankenhaus, die Todesrate war doppelt so hoch wie beim Rest der Bevölkerung. „Wir müssen Sterben und Krankheit als etwas anerkennen, das in weiten Teilen gesellschaftlich verursacht ist, das uns nicht einfach zustoßt“, sagt die Leitung des Zentrums für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung an der TU Berlin, Sabine Hark.

Der Zusammenhang zwischen Klassenzugehörigkeit und Gesundheit ist in einer Vielzahl bedeutender Studien nachgewiesen, die zu eindeutigen Ergebnissen kommen: So verlängert ein Abzeugnis das Leben gleich um mehrere Jahre. Wer in Stadtteilen mit Sozialbauten wohnt, lebt im Schnitt zehn Jahre kürzer als jemand aus einem wohlhabenden Bezirk. Oft sind ärmere Menschen im Beruf – von der Fabrikarbeit bis zum Bergbau – erheblichen Gesundheitsrisiken ausgesetzt und wohnen in Ballungsgebieten mit deutlich stärkerer Luftverschmutzung und Lärmbelastung. Beides sind Faktoren, die die Gesundheit nachweislich negativ beeinflussen.

„Es ist eine Ungleichheit, die, in gewisser Weise unsichtbar, fast ein gesellschaftliches Tabu ist. Wir haben nicht einmal einen richtigen Begriff dafür, während die Bezeichnung *vital inequality* im Englischen zumindest sachlich treffender ist“, sagt Silke van Dyk, Soziologin mit Schwerpunkt Demografie und Ungleichheitsforschung, und weist darauf hin, dass die Betroffenen oft selbst verantwortlich gemacht oder sogar stigmatisiert würden. So werde die geringere Lebenserwartung in öffentlichen Debatten sehr stark auf gesundheitsschädigendes Verhalten ärmerer Personen zurückgeführt. Das Klischee von der kettenrauchenden, Chips essenden Couch-Potato im Plattenbau ist weit verbreitet.

Dabei ist ungesundes Essverhalten nicht das Produkt mangelnder Selbstkontrolle. Darum greife es auch zu kurz, dieses Problem mit Aufklärungskampagnen und Wissensvermittlung über gesundes Verhalten beheben zu wollen, meint der Bildungsforscher Werner Friedrichs von der Universität Bamberg. „Wir müssen von der Oberfläche der Sozialstatistiken in die ganz konkrete

Lebenswelt der Menschen eintauchen. Rauchern fehlt es ja nicht an Wissen über die Giftstoffe in einer Zigarette.“

Irreführend ist die Betonung eines vermeintlich ungesunden Lebensstils auch deswegen, weil es entscheidende Faktoren, wie gesundheitsgefährdende Wohn- und Arbeitsorte, höhere Unfallrisiken, Ungleichbehandlung im Gesundheitssystem, Existenzängste oder Diskriminierungserfahrungen, in den Hintergrund drängt.

Darum setzt sich in der Forschung zunehmend die Erkenntnis durch, dass man für eine gerechter verteilte Lebenserwartung nicht am individuellen Ver-

krank macht

halten, sondern an den Verhältnissen selbst ansetzen müsste. Das betrifft auch den Zugang zu medizinischer Versorgung. Während man früher davon ausging, dass medizinisch-technologische Fortschritte allen zugutekommen, gilt es mittlerweile als bewiesen, dass gut vernetzte und besser gebildete Menschen sich stets früher und leichter Zugang zu neuen Gesundheitsleistungen verschaffen können. Ein weiteres Beispiel für handfeste Unterschiede zwischen den sozialen Klassen ist das Rentensystem. Für alle Menschen gilt ein gemeinsames Eintrittsalter, obwohl viele Berufe körperlich so anstrengend sind, dass eine deutlich kürzere Lebenserwartung belegt ist. Silke van Dyk nennt das eine „substanzielle Umverteilung von unten nach oben. Früh Sterbende finanzieren die Renten der Besserverdienenden“. In Studien wird darum die Möglichkeit von Ausnahmen diskutiert. Bereits heute dürfen Menschen, die langjährig im Bergbau beschäftigt waren, ihre Rente in Deutschland schon mit 60 Jahren antreten. ◀

uns

Anstrengender Job,
Existenzangst, schlechte
Wohnverhältnisse:
Das alles hat Einfluss
auf die Länge des Lebens.
Über die existenziellste Form
sozialer Ungleichheit

Rauchen, trinken,
vor der Glotze hängen:
Wer so lebt, ist selbst
schuld, wenn er krank
wird. So denken viele,
dabei ist die Wahrheit
viel komplexer



Der





Traum vom besseren Leben

Von Houssam Hamade

Vor 60 Jahren wurde mit der Türkei das sogenannte Anwerbeabkommen geschlossen. Es waren auch Frauen unter den fast 900.000 Menschen, die damals zum Arbeiten nach Deutschland kamen. Sie hatten es oft doppelt schwer, in der neuen Heimat aufzusteigen

Yeter Kılıç: „Wie eine lebende Leiche“

Yeter Kılıç' Vorname heißt auf Türkisch „Es reicht“. Den habe sie bekommen, weil sie das zehnte Kind war – und es ihren Eltern nun eben reichte. Kılıç' Familie stammt aus Anatolien. Sie waren arme Bauern, ihr Vater musste zusätzlich ab und zu in den Nachbardörfern als Friseur arbeiten und bekam dafür am Jahresende einen Eimer Getreide.

Trotz guter Noten verließ Yeter Kılıç nach der fünften Klasse die Schule, als Frau war für sie eine Rolle im Haushalt vorgesehen. „So wurde mir meine Zukunft genommen“, sagt Yeter Kılıç heute. Die Zukunft, die suchte sie dann in *Almanya*, in Deutschland. 1972, kurz nach der Geburt ihrer ersten Tochter, warben deutsche Unternehmen in der Türkei um weibliche Arbeitskräfte. Um endlich der Armut zu entkommen, bewarb sich Yeter Kılıç.

So kam sie als sogenannte Gastarbeiterin nach Deutschland – einer von etwa 870.000 Menschen, die in den Jahren 1961 bis 1973 im Rahmen des Anwerbeabkommens aus der Türkei nach Deutschland zogen. Die Bauerntochter aus Anatolien war plötzlich eine Arbeiterin in einer Fischfabrik in Bremerhaven. Um ihre kleine Tochter kümmerte sich die Großmutter in der Türkei, auch ihr Mann blieb zunächst dort. „Mein Kind zu verlassen fiel mir so schwer, dass ich mich wie eine lebende Leiche fühlte“, erinnert sich Yeter Kılıç, die heute 71 Jahre alt ist. „Ich hatte aber keine andere Wahl. Ich musste arbeiten gehen, um Essen zu haben und um nicht abhängig von anderen zu sein.“

Als Frau hoffte Yeter Kılıç sowohl der Armut als auch einem streng patriarchalischen System zu entkommen. Doch das Leben in *Almanya* gestaltete sich auch nicht so rosig: Bereits der erste Arbeitstag in der Fischkonservenfabrik war schrecklich, erzählt sie. Die junge Mutter vermisste ihre Tochter, und neben dem Trennungsschmerz tat ihr auch die Brust weh, da immer wieder Milch einschoss – ohne dass sie ein Baby hätte stillen können. Erst drei Jahre später konnte sie ihre Tochter endlich nach Deutschland holen. Bald kam auch ihr Mann nach, der aber schon nach einigen Jahren in Deutschland chronisch erkrankte und der Familie nicht helfen konnte, sondern im Gegenteil selbst Hilfe brauchte.

Dabei verdiente Kılıç als Frau noch schlechter als die männlichen „Gastarbeiter“. Wie viele andere Türkinnen stockte sie den niedrigen Stundenlohn durch Überstunden und Akkordarbeit auf. Manchmal kam sie so auf bis zu 70 Arbeitsstunden in der Woche. Trotz dieser harten Arbeit blieb die Familie Kılıç arm. Bis in die 1990er-Jahre lebte sie in Wohnungen, die nie mehr als 40 Quadratmeter groß waren, ohne warmes Wasser und Badezimmer, eingerichtet mit Möbeln vom Sperrmüll.

Ülkü Kılıç-Walter: Der Geruch der Armut

„Armut war für mich auch der Geruch in den Kleiderkammern des Deutschen Roten Kreuzes, wo wir regelmäßig Schlange standen und am Eingang Anweisungen erhielten, wie viele

Kleidungsstücke wir pro Person aussuchen durften“, sagt Yeter Kılıç' Tochter Ülkü. Dazu kam der Fischgestank vom Krabbenpulen – ein Nebenerwerb, dem fast alle Kinder in der Nachbarschaft zusammen mit ihren Müttern nachgingen. Dabei wurden die Krabben in großen Säcken angeliefert, anschließend auf einer Folie auf dem Boden im Wohnzimmer ausgebreitet und dort geschält.

Für Yeter Kılıç war immer klar, dass ihre Kinder studieren sollten. „Meine Mutter sah dazu keine Alternative. Es hieß immer: Entweder studierst du, oder du wirst so wie ich im Fischereihafen landen“, erzählt Ülkü. „Abitur zu machen und außerhalb von Bremerhaven zu studieren war mein Schlüssel zur Freiheit.“ Anders als vielen anderen Arbeiterkindern fiel Ülkü das Lernen relativ leicht, aber auch sie hatte mit Schwierigkeiten zu kämpfen, die den deutschen Schülerinnen fremd waren: So hatte sie niemanden, der ihr den Unterrichtsstoff erklärte, wenn sie mal etwas nicht verstand. Sie hatte kein eigenes Zimmer, in dem sie ungestört lernen konnte. Und sie kannte keine einzige Person, die studiert hatte – also keine Vorbilder und Ansprechpersonen. „Ich kannte weder den Begriff Stipendium, noch wusste ich im Alltag, wie ich es kompensieren sollte, wenn ich mal wieder meine ganze Energie dafür aufbrauchte, meine Unsicherheit zu verbergen.“

Trotz der vielen Hemmnisse schaffte Ülkü das Abitur und studierte anschließend. Heute ist sie Juristin und arbeitet für eine Behörde in Bremen. Ihre Mutter, die einst in der Fischfabrik stand, ist nach einer schweren Erkrankung in die Frührente gegangen. Für viele Menschen aus der Türkei ist allerdings auch das Alter schwer: 44,5 Prozent der türkischen Rentnerinnen und Rentner sind armutsgefährdet. Auch Yeter Kılıç hat weiterhin wenig Geld, aber sie lebt bescheiden und ist zufrieden. Sie hat viele Freundinnen und ist in einem alevitischen Verein in Bremerhaven aktiv. Jedes Jahr fährt sie für mehrere Monate in ihr Heimatdorf. Sie liebt es, dort mit Freunden und Bekannten Zeit zu verbringen und bei der Obsternte zu helfen.

Nuray Özer: „Duzen Sie hier jeden?“

Bis heute lebt ein Drittel der unter 18-Jährigen mit Migrationshintergrund in Familien, die von Armut bedroht sind – unter Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund sind es 13,1 Prozent. Die Eltern der Diplompädagogin Nuray Özer wohnten in Istanbul, bevor ihre Mutter 1968, und kurze Zeit später auch ihr Vater, nach Goslar im Harz zogen – um ein finanziell abgesichertes und damit auch freieres Leben zu führen.

Auch Özers Familie wurde auseinandergerissen. Nuray und ihre Schwester blieben bei der Großmutter in der Türkei. Die Familie sah das als vorübergehendes Opfer an, um allen ein besseres Leben zu ermöglichen. Vier Jahre lebten die Kinder ohne ihre Eltern, viel länger als geplant. In dieser Zeit litten sie unter der Trennung und unter der autoritären Großmutter.

Nuray Özers Vater war relativ gut ausgebildet und hatte in Istanbul als Maschinentechniker in einer Textilfabrik gearbeitet. Aber in Deutschland wurden seine Abschlüsse nicht



anerkannt. In den folgenden Jahren bemühte er sich immer wieder erfolglos um die Anerkennung seiner Qualifikation und später auch um eine Weiterbildung. Doch der deutsche Staat unterstützte damals weder Sprachkurse noch andere Formen der Weiterbildung. Man ging ja schließlich davon aus, dass die „Gastarbeiter“ nach erledigter Arbeit wieder in die Türkei zurückkehren würden.

Sowohl als Arbeiter als auch als Türke habe sich ihr Vater immerzu wegducken müssen, erzählt Nuray Özer. Er habe schlechter verdient als seine deutschen Arbeitskollegen, der Schutz bei der Arbeit sei schlecht gewesen. Irgendwann verlor ihr Vater bei einem Arbeitsunfall einen Daumen, ohne dass er dafür entschädigt wurde.

Harte Arbeit, schlechter Verdienst und dazu die Ausgrenzung als Ausländerin: So zerschlugen sich die Hoffnungen ihrer Mutter auf ein selbstbestimmtes Leben. Nuray Özer erinnert sich, dass ihre Mutter in Läden immer wieder geduzt wurde, während man deutsche Kunden höflich mit Sie ansprach. Einmal wurde sie darüber so wütend, dass sie sich in einem Supermarkt mit einer Kassiererin stritt. „Mich hat das so aufgeregt. ‚Kennen Sie meine Mutter?‘, fragte ich die Verkäuferin. ‚Nein? Warum duzen Sie sie dann? Duzen Sie hier jeden?‘“, erzählt sie und schüttelt noch heute empört den Kopf.

Wie viele „Gastarbeiter“-Kinder hatten Nuray Özer und ihre Schwester Probleme in der Schule. Das lag aber nicht daran, dass sie nicht intelligent genug waren oder Bildung in ihrer Familie nicht wertgeschätzt wurde. Im Gegenteil: Ihre Schwester übersprang später sogar eine Schulklasse, nachdem sie noch in der ersten Klasse auf eine Sonderschule geschickt worden war, weil sie kaum Deutsch sprach. Bis heute ist es so, dass Kinder mit Migrationshintergrund selbst bei guten Noten oft schlechtere Schulempfehlungen bekommen und Einwanderern unterstellt wird, dass sie sich nicht genügend um die Bildung ihrer Kinder kümmern würden. Im Rahmen eines Forschungsprojekts kam das Gegenteil heraus: Über 70 Pro-

Der Fotograf Henning Christoph hat das Leben türkischer Familien in „Almanya“ porträtiert. Auf der vorherigen Doppelseite sieht man die Abfahrt in den Heimaturlaub

zent der Eltern mit Migrationshintergrund gaben an, ihre Kinder „immer“ oder „häufig“ bei den Hausaufgaben zu unterstützen. Und 96 Prozent der Eltern stimmten der Aussage „Bildung ist der wichtigste Schlüssel für ein gelungenes Leben“ zu.

Oft ist es eher das schulische Umfeld, das einen Aufstieg verhindert. Nuray Özer wurde als Kind gemobbt – auf dem Weg zur Schule und während des Unterrichts. Andere Kinder verspotteten ihre ärmliche Kleidung, ihre Hautfarbe, ihre Art zu sprechen. Die Lehrer griffen nicht ein. Einmal war es so schlimm, dass sie mitten im Unterricht aufsprang und ihre Mitschüler anbrüllte und sie als Schweine bezeichnete. Mit der Zeit lernte sie, sich zu behaupten, und wurde sogar Schulsprecherin. Parallel zu ihrem Deutsch wurden auch die Noten besser, sodass sie es zur Freude ihrer Eltern an die Uni schaffte. Sie kann sich inzwischen gut ausdrücken und tritt selbstbewusst auf.

Rassismus im Alltag erlebt sie allerdings immer noch. So hat sie bis heute Schwierigkeiten, Jobs und Wohnungen zu finden. Einmal sei ihr bei einer Wohnungsbesichtigung mit ihrem Mann die Tür vor der Nase zugeschlagen worden – mit den Worten: „Wir nehmen hier keine Ausländer!“ Tatsächlich zeigen Studien, dass Menschen, die beispielsweise Ayşe oder Hakan heißen, bei Wohnungsbewerbungen deutlich seltener Erfolg haben. Aus Daten des Statistischen

Bundesamtes geht hervor, dass selbst ein guter Schulabschluss Menschen mit Migrationserfahrung nicht unbedingt vor Armut schützt: Die Armutsgefährdungsquote bleibt selbst dann hoch (20,4 Prozent), wenn sie Abitur haben. Damit liegt sie sogar deutlich höher als bei Hauptschulabsolventen ohne Migrationshintergrund (16,2 Prozent).

Efsun Kızılay: Die dritte Generation

Im Fall der türkischen Migrantinnen und Migranten sind die Probleme bis in die dritte Generation spürbar: wenig Anerkennung und wenige Aufstiegschancen. Efsun Kızılay ist die Enkelin eines kurdischen „Gastarbeiters“, der 1970 nach Deutschland kam. Auch ihre Familiengeschichte ist von langen Trennungen, nicht anerkannten Schulabschlüssen und harter Arbeit für wenig Geld bestimmt. Kızılay ist in einer Kleinstadt in Nordrhein-Westfalen aufgewachsen. Andere Kinder beleidigten sie rassistisch, auch bei ihr griffen die Lehrkräfte nicht ein. Einige gaben ihr sogar ungerechtfertigt schlechte Noten. Auf dem Schulgelände wurde ihr verboten, Türkisch zu sprechen. „Wenn mir jemand eine Million Euro geben würde, ich würde nicht in diese Schule zurückgehen“, sagt sie heute.

In ihrer Familie wurde viel gelesen. Neben ihrem Wunsch, die Welt gerechter zu machen, half ihr das dabei, einen Masterabschluss und einen guten Job als Politikwissenschaftlerin zu erreichen. Damit ist sie selbst in der dritten Generation noch eine Ausnahme. Ihre Eltern haben die Diplome ihrer beiden Kinder aufgehängt und ihnen gesagt: „Egal wie schwierig es war, ihr seid diejenigen, für die wir es gemacht haben. Für euch hat es sich gelohnt.“

✎

Sag mal!

Wie jemand spricht, verrät viel über seine Herkunft. Und wie die Menschen darauf reagieren, viel über ihre Vorurteile und das Klassenbewusstsein im Alltag

Von Anna Schulze

„Ey, du Assi. Die Ampel ist rot!“ Die Fußgängerampel springt um, doch in allerletzter Sekunde heizt noch ein Auto unbedacht darüber. Die Reifen quietschen, der Motor dröhnt. „Was für ein Proll.“

Sobald solche Worte fallen, ploppt vor dem inneren Auge ein Bild auf. Dabei können wir auf die Schnelle gar nicht wissen, wer am Steuer saß. Vielleicht war es gar kein Mann im Trainingsanzug und mit zurückgegelten Haaren, sondern eine Frau, die im SUV über die rote Ampel gebrettet ist, um rechtzeitig zu ihrem Meeting zu kommen. Sehr wahrscheinlich war es sogar eine ganz andere Person.

Wer weiß, wie das Wort „Asoziale“ einst benutzt wurde, gebraucht es eh nicht mehr so leicht. „Asoziale“ wurden im Nationalsozialismus verfolgt, viele kamen ins KZ und wurden ermordet. Darunter waren obdachlose oder verarmte Menschen, aber auch kinderreiche Familien aus unteren Schichten und Prostituierte. Dagegen ist „Proll“ von Proletariat abgeleitet, also der Arbeiterschaft des 19. Jahrhunderts. Heute bezeichnet es eher Menschen ohne Manieren.

Wenn es um Rassismus und Sexismus geht, wächst das Bewusstsein für die Diskriminierung durch Sprache allmählich, beim Klassismus – also der Benachteiligung und Ausgrenzung aufgrund der sozialen Herkunft – fehlt es noch an Sensibilität. Dabei gehen die verschiedenen Formen von Diskriminierung oft Hand in Hand: Je häufiger zum Beispiel Medien Schulen mit einem hohen Migrationsanteil als „Brennpunkte“ bezeichnen, desto eher werden Kinder mit Migrationshintergrund als ungebildet und problematisch wahrgenommen und entsprechend benachteiligt.

Klassenunterschiede äußern sich also nicht nur durch Einkommen oder Lebensstil, sondern auch durch Sprache. In der Schule wird die sogenannte Standardsprache gelehrt, Hochdeutsch, akzentfrei und grammatikalisch einwandfrei. Jede Abweichung davon enthüllt vermeintlich einen Klassenunterschied. Wer sich in einer Situation nicht „richtig“ artikulieren kann, fällt auf. Beim Abendbrot eines Professorenpaars wird anders gesprochen als in der Mittagspause auf der Baustelle. Selbst wer versucht, sich sprachlich anderen Klassen anzunähern, wird meist enttarnt. Wer zu korrekt spricht, lässt seine Unbeholfenheit erkennen. Wer immer hochgestochen gesprochen hat, wird Schwierigkeiten haben, sich zwangloser auszudrücken.

Falsch verwendete Ausdrücke oder starke Dialekte können sogar den sozialen Aufstieg erschweren oder verhindern. „Kiezdeutsch“ gehörte einst dazu. Bei der urbanen Jugendsprache vermischen sich deutsche und vor allem aus dem Türkischen und Arabischen stammende Wörter. Wer es spricht, galt einst als aggressiv und ungebildet. Da sich darin auch Identität und Abgrenzung ausdrücken, hat das „Kiezdeutsch“ Eingang in die Popkultur gefunden. Längst ist es nicht mehr ungewöhnlich, dass sich auch Jugendliche ohne Migrationshintergrund solche Ausdrucksweisen aneignen.

Sprache bildet die Zustände der Gesellschaft ab. Sie offenbart, wie tief Ungleichheiten verwurzelt sind und wie wir diese durch unsere Ausdrucksweise zementieren: Du bist, was du sprichst. Aber genauso gilt: Durch Sprache haben wir die Möglichkeit, soziale Unterschiede einzuebnen. Und nicht mehr so „assi“ zu sein. ↴

Zum Heulen

Als Isabelle mit 27 schwanger wird, ist sie glücklich. Die Hamburgerin ist damals selbstständig, koordiniert Freiwilligendienste und bereitet Menschen auf Auslandsaufenthalte vor. Die Schwangerschaft kommt zwar etwas früher als geplant, doch sie und ihr Mann wollen das Kind unbedingt. In den kommenden neun Monaten zeichnet sich jedoch ab: Ihr Mann, der Vater ihres heute vierjährigen Sohnes, ist für die Vaterschaft nicht bereit. Sechs Wochen nach der Geburt verlässt er Isabelle und das Baby.

Noch heute streiten sich beide vor Gericht um das Sorgerecht, weswegen Isabelle nicht mit ihrem richtigen Namen in diesem Text vorkommen möchte. Was es heißt, alleinerziehend – sie spricht lieber von „alleinverantwortlich“ – zu sein, erfährt Isabelle relativ schnell: Ihr Sohn schreit nächtelang durch und kommt nicht zur Ruhe. Sie muss ihre Freiberuflichkeit aufgeben, denn die Seminare und Workshops, die sie gibt, finden fast immer abends statt. Aber sie hat Glück: Ihre Eltern unterstützen sie, Freunde und Freundinnen passen in den ersten Monaten regelmäßig auf das Kind auf, machen den Abwasch und gehen für sie einkaufen.

Noch heute ist Isabelles Alltag von ihrem Kind bestimmt.

Die Zeit, in der es in der Kita ist, verbringt Isabelle in digitalen Vorlesungen und Seminaren ihres Studiums der Sozialen Arbeit. Wenn ihr Sohn um 20 Uhr schläft, muss sie sich um den Haushalt kümmern. Regelmäßig stapeln sich bei ihr zu Hause Geschirr und Wäsche. „Ich bin sehr glücklich darüber, Mutter zu sein, aber manchmal wünsche ich mir schon, dass ich einfach mal abends in eine Bar gehen könnte“, sagt die heute 31-Jährige. „An richtige Hobbys mag ich gar nicht denken.“ Wenn sie noch Energie hat, lernt sie oder entspannt sich in der Badewanne. „Solange abends keine Kinderbetreuung angeboten wird, kann ich weder zu einem Elternabend noch zu einem Theaterstück gehen.“

Als alleinerziehende Mutter ist Isabelle hin- und hergerissen zwischen dem Gefühl, alles einfach hinschmeißen zu wollen, und der großen Freude über ihren Sohn. So wie ihr geht es vielen der 1,34 Millionen alleinerziehenden Mütter in Deutschland, die 88 Prozent aller Alleinerziehenden ausmachen. Alleinerziehend zu sein bedeutet für die meisten tatsächlich auch finanzielle Not. Viele Väter zahlen keinen Unterhalt oder müssen erst per Gerichtsbeschluss dazu gebracht werden. Da oft Kitaplätze fehlen, können

viele Mütter nicht in Vollzeit arbeiten, nur 42 Prozent waren es 2017. So verwundert es nicht, dass alleinerziehende Mütter in Deutschland eines der größten Armutsrisiken aufweisen. „Die existenzielle Angst ist immer da“, sagt Isabelle. Gerade lebt sie von einem Studienkredit, hinzu kommen Unterhaltszahlungen vom Vater des Kindes und Zuwendungen ihrer Eltern. Trotzdem hat sie damit insgesamt gerade mal 50 Euro mehr, als ihr mit Hartz IV zustehen würde.

Der Austausch mit anderen Alleinerziehenden helfe ihr, denn oftmals könnten Eltern, die gemeinsam ein Kind großziehen, ihre Probleme nicht nachvollziehen. „Wenn ich höre: ‚Ich bin ja



eigentlich auch alleinerziehend‘, weil der Partner ständig auf Geschäftsreise ist, werde ich echt schnell wütend.“ Oft ernte sie Mitleid anstelle von Anerkennung.

Aber Isabelle hat einen Plan. Sie will eine Beratungsstelle für alleinerziehende Mütter aufbauen, in der diese unbürokratische Unterstützung bekommen.

Eure Wut ist so

Von Andreas Thamm
Fotos: Maria Bayer

herrlich

authentisch

In einem kleinen Stadtteil von Nürnberg stellen sich die großen Fragen: Wollen wir im eigenen Milieu unter uns bleiben? Wollen wir es schön behaglich haben, wenn das bedeutet, dass weniger Menschen daran teilhaben können? Oder soll unser Viertel lieber schmutzig bleiben, aber wenigstens nicht elitär? Und wer bestimmt am Ende darüber?

Franziska Schwingel war blauäugig, sagt sie heute. Die gelernte Krankenpflegerin ahnte damals nicht, was es heißt, ihren Job nach sieben Jahren an den Nagel zu hängen und ein Café im angesagtesten Viertel der Stadt zu übernehmen. Sie wusste nicht, wie viel Arbeit das bedeutet und wie viel Bürokratie es mit sich bringt. Vor allem aber hätte sie sich nicht ausgemalt, dass ihr Café manchen Menschen im Viertel ein derartiger Dorn im Auge sein würde.

Das Café Mainheim hat eine breite Glasfront. Dahinter sieht man in der Regel junge Menschen in einem hellen Raum auf schlichten Holzstühlen sitzen, oft vor ihren aufgeklappten Laptops. Eine sehr typische großstädtische Szene – abgerundet durch Vintage-Lampen und eine eher hochpreisige Frühstückskarte. Das vegane kostet 13,50 Euro, drei Rühreier 10,50 Euro. Im Winter vor vier Jahren sprühten Unbekannte erst „Yuppies Fuck Off“ an die Fenster, wenige Wochen später stand dort: „Scheiß Hipster“. Eigentlich wollte Franziska nur ein Café führen, stattdessen wurde sie zum Symbol der Gentrifizierung, die hier im Nürnberger Westen seit Jahren die Gemüter erhitzt.

Egal ob in Berlin-Neukölln, im Hamburger Schanzenviertel oder in Nürnberg-Gostenhof: Erst ziehen Studierende, Alternative und Künstlerinnen dorthin, wo die Mieten niedrig sind. Cafés, Kneipen und kleine Läden entstehen und damit eine kreative Atmosphäre, die das Viertel auch für Menschen attraktiv macht, die höhere Mieten zahlen können. Also werden die Cafés und Restaurants schicker, Investoren sanieren Häuser und bieten Wohnungen für Besserverdienende an. Schließlich können sich viele alteingesessene Bewohner und Bewohnerinnen ihr Viertel nicht mehr leisten. Und manche Ladenbesitzer werden plötzlich als Yuppies beschimpft.

„Wir haben uns nicht als Reichenverein wahrgenommen“, sagt Cafébesitzerin Franziska. „Wir haben nur Studenten beschäftigt oder Leute, die hier im Umkreis wohnen und ihre Familie davon ernähren. Wir haben immer fair bezahlt und regional eingekauft. Und es sind weiß Gott nicht

nur Besserverdienende, die hier ein und aus gehen.“ Die Graffiti ließ sie auf den Scheiben und ergänzte das „Scheiß Hipster“ mit „Nice Hipster“.

Gostenhof hat einiges zu bieten, was junge studierende Menschen anzieht: innenstadtnahe Altbauten, hohe Kneipendichte, bunte Sticker an den Laternen. Im 19. Jahrhundert war Gostenhof für den Bahnhof, das Gaswerk und die Spielzeugfabriken bekannt – ein Arbeiterviertel, das im Gegensatz zur Nürnberger Altstadt vom Krieg weitgehend verschont blieb. Während große Teile der Stadt neu aufgebaut wurden, zogen die Menschen hier in die noch erhaltenen Häuser aus der Gründerzeit. Die Wohnungen waren heruntergekommen, es gab wenig Grün und kaum öffentliches Leben. Ab den 1960er-Jahren brachte man hier schließlich die angeworbenen „Gastarbeiter“ und ihre Familien unter. Aus Gostenhof wurde im Volksmund Gostanbul.

Ab 1980 startete die Stadt schließlich eine Stadtteilsanierung – mit Bürgerbeteiligung. Die „Erneuerung von unten“ sollte möglichst sozialverträglich stattfinden. Alle Wohnungen sollten Bäder und der Stadtteil mehr Grünanlagen bekommen. Die Sanierung des Viertels dauerte bis 1997. Plötzlich wurde es schick, nach Gostenhof zu ziehen. Davon kündete auch der neue Spitzname: Aus dem an Istanbul angelehnten Gostanbul wurde GoHo – wie SoHo, das New Yorker Stadtviertel, das lange für Kunst und Partys berühmt war, mittlerweile jedoch eher für teure Luxusapartments. Der Vergleich mit SoHo ist gar nicht so abwegig: Auch die Veränderung in Gostenhof lockte Investoren an, die hier neu bauten oder teuer sanieren ließen. Wer heute durch die Nürnberger Straßen zwi-



Franziska Schwingel hat ein Café eröffnet, das manche zu schick finden



Neben alten Häusern entstehen teure Eigentumswohnungen

schen Petra-Kelly-Platz und Jamnitzerplatz spaziert, merkt, dass der Konflikt unter an-

derem auf den mit Graffiti überzogenen Fassaden ausgetragen wird. „Yuppies Fuck Off“ oder „Hände weg von unseren Nachbarn“ steht da. Politische Meinungsbildung und das erstbeste Instrument, um der Aufwertung von Immobilien etwas Abwertendes entgegenzusetzen. Zuletzt traf es das neu eröffnete Restaurant Veles: „Verpisst euch nach Erlenstegen!“, hatte jemand an die Wand gesprüht, so heißt das Nürnberger Villenviertel.

Die Szene, die auch regelmäßig gegen den „Mietenwahnsinn“ auf die Straße geht, organisiert sich rund um den Stadteylladen „Schwarze Katze“ am Jamnitzerplatz. (Gegenüber dem fluter möchten sich die Aktiven lieber nicht äußern.) Ausgerechnet in direkter Nachbarschaft zur Schwarzen Katze wurde 2013 ein kastenartiger Bunker zwischen die alten Gründerzeitfassaden gesetzt, damals der teuerste Neubau der ganzen Stadt. Die Projektentwickler bewarben ihre bis zu 750.000 Euro teuren Wohnungen auch damit, dass sie sich eben nicht in einem sterilen, sondern in einem multikulturellen, au-



Durch Studierende
ist der Stadt-
teil auch jünger
geworden

thentischen und organisch gewachsenen Stadtteil befänden. Selbst die Graffitis

scheinen den Charme des Viertels auszumachen, der Menschen aus ihren gutbürgerlichen Stadtteilen anlockt.

Aber ist es wirklich so, dass Arbeitslose, Geringverdienende und Alleinerziehende vor die Tore der Stadt verdrängt werden, wie die Aktivistinnen und Aktivisten befürchten? Die Stadt Nürnberg erklärt dazu, dass die Bau- und Investitionstätigkeiten in Gostenhof fast vollständig zum Erliegen gekommen seien. Die Bevölkerungszahl sei momentan leicht rückläufig, die Mietpreise bewegten sich 2019/2020 mit 9,75 Euro (vgl. 2013/2014: 7,69 Euro) pro Quadratmeter auf einem Niveau, das leicht unter dem städtischen Durchschnitt liege – obwohl die Bodenpreise rund um den Jamnitzerplatz von 2014 bis 2020 um 135 Prozent gestiegen seien. Aber das ist im Rest der Stadt ähnlich. Von Gentrifizierung, so Nürnbergs Wirtschaftsreferent Michael Fraas, könne also keine Rede sein, allenfalls von politisch gewollter Aufwertung des Quartiers. So dramatisch die Initiativen die Situation beschreiben, so harmlos klingt das, wenn städtische Stellen darüber sprechen.

Vielleicht helfen die nackten Zahlen allein nicht weiter, wenn es vor allem um ein Gefühl geht, das langjährige Bewohnerinnen und Bewohner teilen. Nicola Nemeth ist Sozialpädagogin, seit 1993 wohnhaft in Gostenhof und vielfach engagiert für die Mieterinnen und Mieter. Einige gute Bekannte von ihr mussten das Viertel in den vergangenen Jahren wegen der gestiegenen Miete verlassen, sagt sie. Und: „Ich habe das Leben hier früher als familiärer, sozialer, gemeinschaftlicher empfunden. Es ziehen Leute in die Neubauten, die es hier schön finden, weil es Biergärten gibt. Aber wehe, um 22.05 Uhr ist es noch laut auf der Straße, dann wird die Polizei gerufen.“

Der Eindruck der Verdrängung hängt anscheinend nicht nur mit Neubauten und schicken Cafés, sondern auch mit der Polizeipräsenz und den vielen Beschwerden wegen Ruhestörung zusammen. Einige Alteingesessene glauben, dass die Stadt für die neu Zugezogenen in einem einst belebten Viertel für Ruhe sorgen wolle.

In den Neunzigern lebte Nicola Nemeth am Petra-Kelly-Platz, der damals Bauernplatz hieß. „Da gab es Bänke und Grün“, sagt sie, „und es war ein Treffpunkt für die Obdachlosen, die sich dort aufhalten konnten und uns manchmal bei schweren Einkäufen geholfen haben.“ Dann habe die Stadt saniert, und die Bänke seien weggekommen. Ein Treffpunkt sei der Platz geblieben, allerdings nicht mehr für die weniger Privilegierten. „So zerstört man den Sozialcharakter eines Viertels“, sagt Nemeth, „und die Stadt hat das meiner Meinung nach auch mit verstärkter Polizeipräsenz vorangetrieben nach der Devise: Die Straßen müssen sauber sein.“

Nur ein paar Meter weiter vom schick sanierten Platz leben die Menschen, um die sich Nemeth sorgt. Die Heils-

Uns stinkt's:
Der Protest besteht
auch aus Bildern an
Fenstern & Fassaden

armee, eine evangelische Freikirche, unterhält in der Gostenhofer Hauptstraße sowie der Leonhardstraße zwischen türkischem Café, Spielothek und Biomarkt Nordbayerns größte Unterkunft für wohnungslose Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten. Rund 200 Männer leben in den Apartments, nicht selten mit Suchterkrankung oder Gefängniserfahrung. Die Heilsarmee bietet hier nicht nur ein Bett und ein Dach überm Kopf, sondern auch Beschäftigungsangebote, sozialpädagogische Betreuung und ein Freizeitzentrum. Motto: „Suppe, Seife, Seelenheil.“

Kilian Brandenburg arbeitet seit 22 Jahren hier. Seit März leitet er die Einrichtung und hat die Entwicklung des Viertels hautnah mitbekommen. Der Petra-Kelly-Platz habe früher einen etwas zweifelhaften Ruf gehabt, der auf das Sozialwerk abfärbte. Heute seien die Obdachlosen dort nicht mehr willkommen. Aber wo seien sie das schon in Deutschland, fragt er. „Das ist grundsätzlich so und nicht nur dort. Wohnungslosigkeit existiert, es ist aber politisch nicht so erwünscht, dass man das irgendwo sieht.“

Brandenburg kann nicht bestätigen, dass die Heilsarmee mehr Menschen aufnehmen müsse, weil sie von Investoren und gierigen Vermieterinnen vertrieben worden seien. Aber die Verweildauer derjenigen, die hier den Entschluss gefasst haben, wieder eine eigene Wohnung zu finden und neu anzufangen, sei länger geworden. „Wenn du deine Wohnung verloren hast, ist es im Laufe der Jahre immer schwieriger geworden, wieder eine bezahlbare zu finden. Unsere Bewohner konkurrieren um den billigen Raum mit vielen anderen Leuten.“

Den findet man in Gostenhof kaum noch. Gerade entstehen in direkter Nachbarschaft der Obdachlosenunterkunft wieder einmal modernistisch schlichte

Wohnungen im hochpreisigen Segment: „Die neue Spielzeugfabrik“ nennt sich dieses Projekt. „Wer hier lebt, ist direkt am Puls der Zeit“, schreiben die Projektentwickler in ihr Exposé. Man darf sich wohl auf Farb-
beutelflecken an der Fassade einstellen. ↯



Klassen gibt es, seit es Ungleichheiten zwischen den Menschen gibt. Eine kleine Begriffsgeschichte

Von Arno Frank

Die Spannung zwischen Reich und Arm gehört zu den ältesten Konflikten des menschlichen Zusammenlebens. Ungleichheiten gibt es vermutlich schon, seit sich Menschen in Rudeln, Stämmen und Staaten organisieren. Die ersten überlieferten Revolten von „denen da unten“ gegen „die da oben“ gab es vor mehr als drei Jahrtausenden, als sich unter Pharao Ramesses III. die eigentlichen Erbauer der Grabstätten im „Tal der Könige“ mithilfe gewaltloser Streiks gegen die ausbleibende Lieferung von Lebensmittelrationen auflehnten.

Wohin man auch in die Geschichtsbücher schaut – immer und überall gab es ein Oben, eine Mitte und ein Unten. Das gilt für das alte Ägypten wie für die Maya, das China der frühen Dynastien oder polynesischen Gesellschaften. Mangels Aufstiegsmöglichkeiten gehörte man in der Regel zeitlebens der Gruppe an, in die man hineingeboren wurde.

Erstmals in zivilen Zusammenhängen als „classis“ bezeichnet wurden diese Gruppen in Rom, und zwar vom dortigen Finanzamt. Ihm ging es darum, die Bevölkerung anhand ihrer materiellen Mittel in Steuerklassen zu unterteilen. Diese amtliche Anerkennung faktischer Ungleichheiten wurde aber politisch nicht weiter problematisiert.

Im christlichen Mittelalter galt die Einteilung der Menschen in eine dreigliedrige Ständeordnung:

Klerus, Adel und alle freien Bauern und Bürger. Die Verteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums wurde als gottgegeben gerechtfertigt. So legitimierten sich die privilegierten Positionen der vermeintlichen Stellvertreter Gottes auf Erden und der Inhaber der weltlichen Macht.

Immer wieder aber gab es auch aufseiten des Christentums Versuche, alle Ungleichheiten einzuebnen. Berufen konnten sich Reformen und die Vorkämpfer einer „klassenlosen Gesellschaft“ auf eine Beschreibung der christlichen Urgemeinde in der biblischen Apostelgeschichte, in der alle Christen ihr Eigentum abgeben und miteinander teilen.

Je mehr Güter ab der industriellen Revolution produziert wurden, umso dringlicher stellte sich die Frage nach der Verteilung des Reichtums. Nach und nach ergriffen die Bürger die Macht, die über Produktionsmittel verfügten – Kapital, Land, Rohstoffe und Maschinen. Im 19. Jahrhundert wuchs auf diese Weise zwar der Wohlstand, vor allem aber jener der

ohnehin schon Wohlhabenden. Immer größere Massen von Arbeitern verkauften ihre Arbeitskraft in den Fabriken, anstatt wie zuvor auf Feldern ihren Lebensunterhalt zu erwirtschaften.

Dann schlug die Stunde des Sozialismus. Karl Marx und Friedrich Engels riefen einen Klassenkampf zwischen Bourgeoisie (besitzendes Bürgertum) und Proletariat (besitzlose Lohnabhängige) aus. Im Zuge der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft würden sich die werktätigen Massen, so die Theorie, gegen die Kapitalisten erheben. Nach einer solchen Revolution, glaubte man, würde das Privateigentum abgeschafft und gerecht verteilt.

Dort, wo es tatsächlich zu Revolutionen kam, wie in Russland, wurde das kommunistische Ideal einer „klassenlosen“ Gesellschaft nie erreicht. In europäischen Industrienationen wie Großbritannien, Frankreich oder Deutschland hingegen gelang es, die Kehrseiten des Kapitalismus politisch so weit einzudämmen, dass es zu keinem Umsturz kam. Gewerkschaften waren in der Lage, die Interessen der Arbeitenden gegenüber den Arbeitgebern zu formulieren und durchzusetzen – von der Gesundheitsversorgung bis zum bezahlten Urlaub.

Die nationalsozialistische Propaganda leugnete die Gegensätze zwischen den Klassen und betonte die gemeinsamen Interessen einer vermeintlich gleichen „Volksgemeinschaft“. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte sich die Erzählung des durch den Marshallplan befeuerten „Wirtschaftswunders“

durch, das „Wohlstand für alle“ bringen sollte. Der Soziologe Helmut Schelsky prägte in Anbetracht der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik in der Nachkriegszeit den Begriff der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“. Trotz dieser optimistischen Beschreibung bestanden die Klassenunterschiede weiterhin fort.

Der französische Soziologe Pierre Bourdieu sah in jeder Gesellschaft ein Oben, ein Unten und eine Mitte – je breiter die Mitte sei, umso geringer das Ungleichgewicht zwischen den Klassen. Unterscheidungsmerkmal

ist laut Bourdieu neben den ökonomischen Ressourcen auch der kulturelle „Geschmack“. Wie viele Bücher jemand im Schrank stehen hat, wie viel er oder sie von Kunst versteht, wie viel jemand fernsieht oder welche Nahrung man zu sich nimmt – das sind Bourdieu zufolge die „feinen Unterschiede“, in denen sich die Ungleichheit der Menschen in der modernen Gesellschaft ausdrückt.

Als „soziale Mobilität“ bezeichnet man den Auf- oder Abstieg von Individuen in eine andere soziale Klasse. In Deutschland erlahmt gegenwärtig die Aufstiegsdynamik, und Klassenschranken werden deutlicher. Die soziale Ungleichheit nimmt zu. Es werden Debatten über Vermögenssteuer, Mindestlöhne und Hartz IV geführt. Diskriminierungen aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse werden – analog zum Rassismus und Sexismus – als Klassismus bezeichnet.

Die Klassenfrage bleibt aktuell und wartet noch immer auf eine Antwort.

✎

Marx und mehr



Die Mittelklasse werde in vielen afrikanischen Ländern immer größer, hieß es vor einigen Jahren. So ganz hat sich das nicht bewahrheitet – und für viele Menschen, die es aus der Armut geschafft haben, ist es immer nur ein kleiner Schritt dorthin zurück, wie das Beispiel Kenia zeigt

Nachdem Ruth Abade ihren Job bei einer NGO verloren hatte, stellte sie kurzerhand eine billige Nähmaschine in ihrem Wohnzimmer auf und begann, Kleider, Röcke und Taschen zu produzieren. 13 Jahre später beschäftigt ihr Modelabel „Blackfly“ zehn Angestellte. Es gibt neben der Werkstatt einen Verkaufsraum und Kunden und Kundinnen in Europa sowie in den USA. Ihr Monatseinkommen? „Ich habe mir seit Jahren kein Gehalt gezahlt“, sagt die Designerin mit einem Schulterzucken.

Ruth Abade lebt in der kenianischen Hauptstadt Nairobi, wo die Klassegegensätze so groß sind wie die Wolkenkratzer im Geschäftsviertel: dort schicke Bars und Restaurants, da riesige Slums, in denen etwa zwei Drittel der Bevölkerung leben. Und dazwischen viele Menschen, die offiziell zur Mittelschicht gezählt werden, von denen aber die meisten nicht wissen, ob sie morgen noch dazugehören.

Vor rund zehn Jahren häuften sich in der Presse Berichte über ein stetiges Wachstum der Mittelschicht in vielen Staaten Afrikas. Die meisten dieser Untersuchungen kamen von Unternehmensagenturen und Banken, die mit ihrem Bild von den boomenden Märkten wohl auch eigene Interessen verfolgten.

Eine dieser Studien trug den Titel „The Rise and Rise of the African Middle Class“. Ganz so, als gäbe es nur eine einzige Richtung.

Zehn Jahre später leben in Kenia von den rund 50 Millionen Menschen immer noch weit mehr als ein Drittel in Armut. Andererseits konnten sich tatsächlich viele daraus befreien. Eine wachsende Zahl gut ausgebildeter Kenianerinnen und Kenianer versorgt als Ärztinnen und Pfleger Kranke, gründet wie Ruth Abade kleine Unternehmen oder entwickelt innovative IT-Lösungen für lokale Märkte. Das jahrelange Wirtschaftswachstum hat in vielen afrikanischen Ländern eine unternehmerische Mittelschicht hervorgebracht. Dazu beigetragen hat auch die Verbreitung von Smartphones, die für viele Menschen Zugang zu Informationen und Finanzdienstleistungen bieten.

Wer genau zur Mittelschicht gehört, bleibt umstritten. Laut einer Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank ist die Mittelschicht des Kontinents schon zwischen 1980 und 2010 von 126 Millionen auf 350 Millionen gewachsen – von 27 auf 34 Prozent der Bevölkerung. Allerdings schloss das jeden Menschen ein, dessen Pro-Kopf-Ausgaben zwischen 2 und 20 Dollar am Tag lagen – wobei die

Motorradtaxis in Kenia sind ein beliebtes Gewerbe. Sie werden von ihren Besitzern oft zu wahren Kunstwerken umgestaltet. Diese Fahrer haben sich dazu noch von einem Modedesigner ausstaffieren lassen



Wohin

geht die Fahrt?

Von Anja Bengelstorff
Fotos: Jan Hoek



Zahl derer, die zwischen 2 und 4 Dollar am Tag ausgaben, am größten war. So räumte die Entwicklungsbank denn auch ein, dass 60 Prozent dieser Mittelschicht an der Grenze zur Armut leben.

Die Angst abzurutschen kennt auch der 41-jährige Familienvater Mike Mburu. „Ein medizinischer Notfall“, antwortet er auf die Frage, wovor er sich am meisten fürchtet. „Was wird aus meinen Kindern, wenn mir etwas passiert?“ Erst seit drei Monaten hat er eine feste Anstellung bei einem Verlag, die ihn, seine Frau und die drei kleinen Töchter im Krankheitsfall absichert. Als freiberuflicher Eventmanager musste er noch jede Behandlung beim Arzt selbst bezahlen. Teure Behandlungen sind allerdings nicht abgedeckt. So kann ein schwerer Unfall oder eine chronische Krankheit ganze Familien in den Ruin stürzen. Denn die meisten Angestellten in Kenia versorgen mit ihrem Einkommen die erweiterte Familie und oft noch Menschen im Bekanntenkreis mit.

Auch im Alter müssen sich viele Menschen in Kenia Sorgen machen, denn die Leistungen aus der staatlichen Rentenversicherung – wenn man überhaupt eine hat – sind viel zu gering, um davon

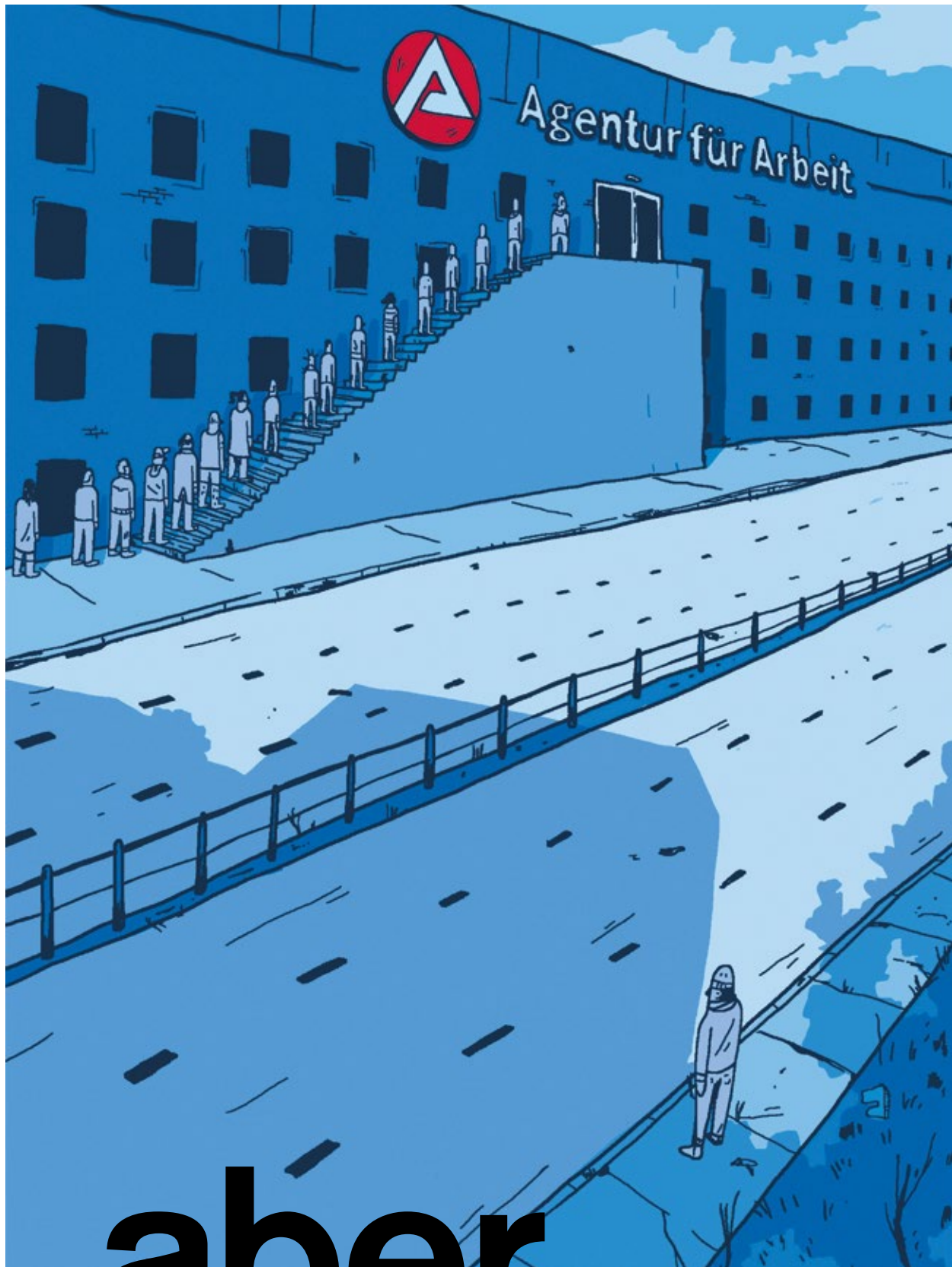
leben zu können. Um später nicht zu verarmen, gehen viele noch einer Nebenbeschäftigung nach. Mike Mburu hat im Garten seines Opas auf dem Land Bienenstöcke aufgestellt. In einem guten Jahr mache er damit bis zu 1.600 Euro Gewinn, sagt er.

Die Modedesignerin Ruth Abade verfügt über kein solches Sicherheitsnetz. „Darüber denke ich gar nicht nach“, sagt sie. „Ich betrachte das Leben nicht aus dieser Perspektive. Ich versuche im Hier und Jetzt zu tun, was ich kann.“ In all den Jahren hat sie es geschafft, ihre Angestellten pünktlich zu bezahlen. Sie verdienen im Durchschnitt 200 Euro monatlich. Als die Coronapandemie Kenia traf, nutzte Ruth ihre Ersparnisse, um das Label am Laufen zu halten. Die Miete für ihre Wohnung, die sie sich mit einer Freundin teilt, trägt das Label. Für Essen zahlt sie sich ein Taschengeld aus. „Diese afrikanische Mittelklasse, von der alle reden: Ich glaube nicht, dass die überhaupt existiert“, sagt Ruth Abade. „Viele Leute leben ein Leben, das sie sich gar nicht leisten können, nehmen Kredite auf, die sie nicht zurückzahlen können. Das hat die Pandemie deutlich gemacht: Leute

verlieren ihren Job, haben keine Ersparnisse und stehen vor dem Nichts.“

Vivian Magero muss sich diese Sorgen vorerst nicht machen. Ihren Master hat die 32-Jährige in Deutschland gemacht. Als Teamleiterin bei einer deutschen Organisation, die sich um den kulturellen Austausch zwischen Kenia und Deutschland kümmert, verdient sie etwa 1.500 Euro im Monat. Damit gehört sie in Nairobi zu denen, die ins Restaurant gehen, anstatt nur an den Straßenständen zu essen. Sie macht Reisen und Ausflüge mit dem Mountainbike. Aber Magero denkt nicht nur an sich. Sie unterstützt ihre Familie auf dem Land. „Ich sehe das nicht als Last“, sagt sie. Ihrer Mutter, die eine Grundschule leitet und etwa 100 Euro im Monat verdient, überweist sie monatlich 200 Euro und hilft damit auch ihren jüngeren Geschwistern und weiteren Kindern, die die Mutter aufgenommen hat. Sie alle leben in einem kleinen Haus, das Magero ihrer Mutter bauen ließ. Weitere 200 Euro kann sie sparen, während sie einen Studienkredit und den Kredit für das Haus der Mutter abbezahlt. „Wenn man mehr hat, muss man etwas abgeben“, sagt sie. „Das ist die Tradition.“





Hartz,

aber herzlich

Von Mirjam Ratmann
Illustration: Wolfgang Wiler

Es sollte einst die Arbeitslosigkeit besiegen und Menschen schnell zurück in den Job bringen. Stattdessen brachte Hartz IV vielen Frust und Scham. Wie könnte eine Reform aussehen? In Berlin-Neukölln sucht man nach Antworten

Wenn Helena Steinhaus aus dem Fenster schaut, fällt ihr Blick auf eine Bürohausfassade mit Drehtür. Darüber steht: „Jobcenter Berlin Neukölln“. Es ist zwölf Uhr mittags, Menschen mit Anträgen oder Mappen in der Hand gehen hier ein und aus. Allein im Berliner Stadtteil Neukölln beziehen rund 20.000 Menschen Hartz IV; dazu kommen mehr als 17.000 Kinder unter 15 Jahren – sogenannte nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte –, die mit den Hartz-IV-Beziehenden in einer Bedarfsgemeinschaft leben und Sozialgeld erhalten.

Es ist Zufall, dass Steinhaus' Büro hier liegt, aber es passt ganz gut. Denn sie arbeitet für den Verein „Sanktionsfrei“, der das Hartz-IV-System verändern will. Steinhaus und ihre Mitstreitenden setzen sich dafür ein, dass vor allem die Strafen für Menschen, die Jobs nicht annehmen oder Termine verpassen, wegfallen. „Hartz IV zu bekommen klingt so, als hätte man eine Krankheit“, sagt die 34-Jährige. Sie weiß, wovon sie spricht: Nach ihrem Studium der Kulturwissenschaften war sie insgesamt ein Jahr arbeitssuchend, kellnerte und bezog Arbeitslosengeld II, wie Hartz IV auch heißt. „Wenn ich morgens zu einem Termin ins Jobcenter musste, war der Tag danach gelaufen“, sagt sie. Der Druck, den sie nach jedem Jobvermittlungsgespräch spürte, habe sie deprimiert. Dazu kam die Angst, das

Geld gekürzt zu bekommen, wenn sie eine angebotene Stelle nicht wollte.

Aktuell erhalten Alleinstehende 446 Euro pro Monat zum Leben (ohne Unterkunft und Heizung). 2022 steigt dieser Satz um drei Euro auf 449 Euro. Vor allem Sozialverbände kritisieren sowohl die Höhe der Leistungen als auch die minimalen Steigerungen. Für Steinhaus ist aber die Sanktionierung das Kernproblem. Bis zu 60 Prozent der Leistungen können gekürzt werden, wenn man beispielsweise zum wiederholten Male einen Termin beim Amt verpasst oder einen angebotenen Job ablehnt. Im äußersten Fall können die Sozialleistungen sogar ganz wegfallen.

2019 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass manche Sanktionen zum Teil verfassungswidrig sind, weil sie das Existenzminimum unterschreiten. Laut dem Gericht dürften Hartz-IV-Empfangenden nur noch bis zu maximal 30 Prozent abgezogen werden. Allerdings wurde auf dem Urteil basierend noch kein Gesetz erlassen. „Sanktionen führen meistens eher dazu, dass sich Menschen unter Androhungen in Jobs pressen lassen, dann aber drei Monate später wieder im Jobcenter landen“, sagt Steinhaus. Tatsächlich finden viele Vermittelte häufig nur im Niedriglohnsektor einen Job und müssen dann mit Hartz IV aufstocken.

Auch Marcel Fratzscher, Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, ist davon überzeugt, dass Sanktionen kontraproduktiv sind. Stattdessen müssten prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgeschafft und ein höherer Mindestlohn sowie mehr Angebote für Kinderbetreuung eingeführt werden. „Man bräuchte zusätzlich Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, die zu den Menschen nach Hause gehen und sie individuell in ihrer Lebensphase unterstützen. Es muss mehr gefördert und weniger gefordert werden“, sagt Fratzscher. Wie das aussehen könnte, zeigt das Pilotprojekt „Solidarisches Grundeinkommen“ in Berlin. Alle 1.000 teilnehmenden Langzeitarbeitslosen bekommen dabei einen unbefristeten Vollzeitjob, der mit dem Mindestlohn vergütet wird. Allerdings sind nur gemeinwohlorientierte Tätigkeiten erlaubt.

„Fordern und Fördern“ lautet der Grundgedanke des Hartz-IV-Gesetzes, das zum 1. Januar 2005 in Kraft trat. In ganz Deutschland beziehen heute fünf

Millionen Menschen diese finanzielle Unterstützung vom Staat (dazu zählen rund 1,4 Millionen Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre). Nicht alle sind arbeitslos, doch die meisten leben an der Armutsgrenze und brauchen zusätzlich zum Job staatliche Hilfe.

„Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft!“ lautete die Aussage des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder (SPD) im Jahr 2001. Noch heute hält sich das Vorurteil hartnäckig, Hartz-IV-Beziehende seien faul und wollten nicht arbeiten. Laut einer Forsa-Umfrage vom März 2020 glauben 51 Prozent der Bevölkerung, dass Menschen, die von Hartz IV leben, „nichts Richtiges zu tun hätten“. 31 Prozent stimmen der Aussage zu, dass Hartz-IV-Beziehende gar nicht arbeiten wollen.

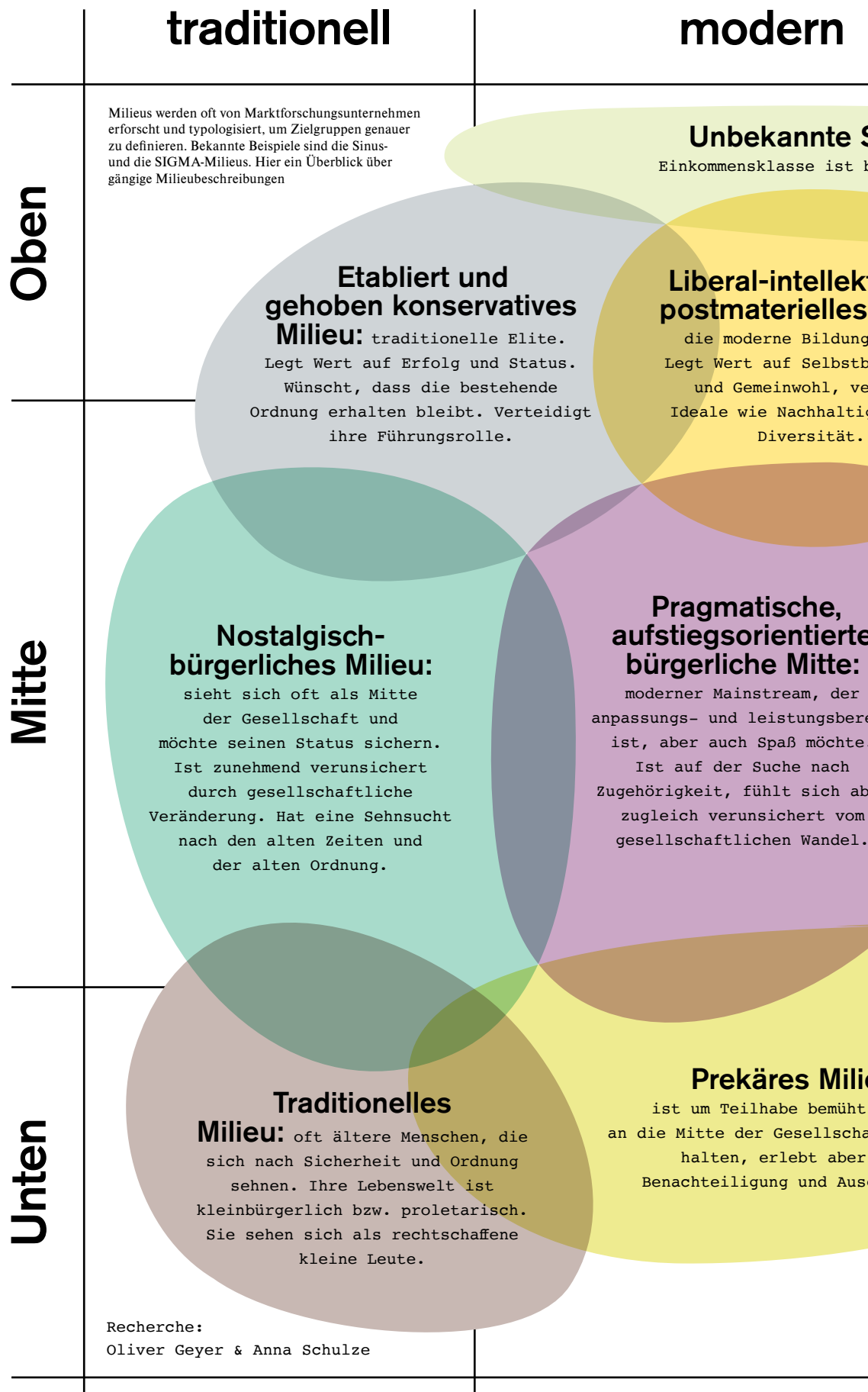
Diese Stigmatisierung hat Helena Steinhaus selbst erlebt. Ihre Mutter war alleinerziehend und nach ihrem Jobverlust auf Hartz IV angewiesen. Um es zu bekommen, müssen Antragstellende nachweislich hilfsbedürftig sein, sich also nicht mit ihren eigenen finanziellen Mitteln existenziell absichern können. Schon mit 17 lernte Helena Steinhaus daher, wie man einen Hartz-IV-Antrag ausfüllt, was eine „Bedarfsgemeinschaft“ ist, was sich hinter „Vermittlungshemmnissen“ verbirgt und vor allem, wie sich Sanktionen anfühlen.

„Sanktionsfrei“ plädiert dafür, dass alle Bedürftigen eine Grundsicherung von mindestens 600 Euro erhalten – ohne Leistungskürzungen. Es brauche ein System, das die Menschen unterstütze, ihnen Mut mache, heißt es auf der Kampagnen-Website. Dazu gehöre auch eine Reform der Jobcenter, findet Steinhaus. Ihr Wunsch: „Idealerweise soll man mit einem guten Gefühl zum Jobcenter gehen, weil man weiß, dass einem dort geholfen wird.“

Die neue Bundesregierung verspricht, Hartz IV durch ein „Bürgergeld“ zu ersetzen. „Das klingt für mich nur wie eine kosmetische Anpassung“, sagt Helena Steinhaus. „Das Festhalten an den Mitwirkungspflichten heißt, dass Sanktionen bleiben.“ Für sie steht fest: Nur wenn der Regelsatz deutlich erhöht, Sanktionen abgeschafft sowie Energiekosten ausnahmslos übernommen werden, könnte ein solches Bürgergeld tatsächlich vor Armut schützen. Hartz IV kann es nicht. 

Eine Karte der Gesellschaft

Noch immer ist eine Einteilung in Unter-, Mittel- und Oberschicht als soziale Verortung von Menschen gebräuchlich. Dazu kommen Untersuchungen verschiedener Milieus, die sich in Lebensstil und Werten ähneln. Wir haben für euch ein paar soziologische Studien angeschaut. Schaut mal, ob ihr euch da irgendwo wiederfindet



Dein Kapital

Die verschiedenen Milieus verfügen in unterschiedlichem Maße über ökonomisches Kapital, also Vermögen. Doch auch das kulturelle und soziale Kapital ist sozial ungleich verteilt. Diese drei Kapitalarten formen den sozialen Status. Kulturelles Kapital: die Bildung, Bildung

progressiv

Die Daten für diese Einstufung stammen aus der Langzeitstudie „Sozio-oekonomisches Panel“ vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und bilden das letzte verfügbare Einkommensjahr 2018 ab.

Spitze: Die oberste Spitze ist bislang wenig erforscht.

aktuelles, Milieu:

eselite.
estimmung
rtritt
gkeit und

Milieu der modernen Arbeitnehmer und Performer:

effizienzorientiert, fortschrittsoptimistisch, technikaffin – eine Leistungselite, die Eigenverantwortung betont.

Expeditives und postmodernes Milieu:

die kreative und urbane Boheme, die immer auf der Suche nach dem Unkonventionellen ist – digital, weltgewandt, gut vernetzt und mit hoher Selbstdarstellungskompetenz.

Spaßbetontes und konsumorientiertes Milieu:

ein „Lifestyle-Mainstream“, der sich beruflich anpasst und in der Freizeit oft in Konsum und „Organised Fun“ flüchtet. Hat ein Geltungsbedürfnis und ist tendenziell genervt von Political Correctness.

Neues ökologisches Milieu:

lebt konsequent umweltsensibel und sieht sich als Treiber der globalen ökologischen Transformation. Ein hohes Problembewusstsein führt zu Protest, Aufbruchsstimmung und Offenheit für neue Lebensmodelle.

eu:

, möchte
ft Anschluss
viel
grenzung.

* In allen Schichten gibt es einen Gender-Pay-Gap. Frauen haben durchschnittlich 18 Prozent weniger Bruttostundenverdienst als Männer.

in unterschiedlichem so Einkommen und, soziale und sym- erteilt. All diese Kapi- s eines Menschen. ungsmöglichkeiten und

-titel sowie die kulturellen Güter, über die jemand verfügt. **Soziales Kapital:** alle sozialen Kontakte, Beziehungen und Netzwerke, auf die ein Mensch zurückgreifen kann. **Symbolisches Kapital:** soziale Anerkennung oder Macht, die auf Prestige, Renommee, Reputation oder auch Sprach- und Kleidungsstil sowie die Verhaltensweise zurückgeht.

Wie viele:

Ca. 18,2 Prozent der Personen in privaten Haushalten in Deutschland (1991 waren es ca. 17,8 Prozent).

18%

Wer:

Es handelt sich um die einkommensstarke Gruppe der Wohlhabenden – oft Akademiker in Führungsverantwortung mit sehr hohem Lebensstandard und vielen Privilegien.

Unterm Strich:

Menschen dieser Schicht haben ein Einkommen von mindestens 150 Prozent des mittleren Einkommens der Gesellschaft. Im Jahr 2018 hieß das: Einzelpersonen hatten monatlich über 2.930 Euro zur Verfügung, 4-köpfige Familien gemeinsam mehr als 6.150 Euro*. Zusätzlich gibt es hier viel Vermögen in Form von Immobilien und anderen Geldanlagen.

57%

Wie viele:

Ca. 57,3 Prozent der Personen in privaten Haushalten in Deutschland (1991 waren es ca. 63 Prozent).

Wer:

Die Mittelschicht gilt als „Rückgrat der Gesellschaft“ und reicht von Menschen mit akademischem Hintergrund in leitenden Positionen über Angestellte und Kleingewerbetreibende bis hin zu gelernten Arbeitern. Heute wird oft eine Zweiteilung dieser Schicht in alt und neu beobachtet: Als „alte Mittelschicht“ gelten Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen und traditionellen Werten, die vorwiegend kleinstädtisch oder ländlich wohnen und die in den letzten Jahren weniger geworden sind. Als „neue Mittelschicht“ gilt die gestiegene Zahl von urban lebenden Menschen mit akademischer Bildung und einer progressiven Weltanschauung. Eine weitere „Trennlinie“, die quer durch die Mitte geht: Nur ein Teil besitzt Vermögen, z. B. in Form von Immobilien. Bei ihnen ist die Klassenzugehörigkeit stabiler.

Unterm Strich:

Menschen dieser Schicht haben ein Einkommen von mindestens 70 und höchstens 150 Prozent des mittleren Einkommens. Im Jahr 2018 hieß das: Einzelpersonen hatten monatlich zwischen 1.370 und 2.930 Euro zur Verfügung, 4-köpfige Familien gemeinsam zwischen 2.870 und 6.150 Euro*.

Wie viele:

Ca. 24,6 Prozent der Personen in privaten Haushalten in Deutschland (1991 waren es ca. 19,2 Prozent).

25%

Wer:

Die Gruppe der Einkommensarmen: Ungelernte und gering Qualifizierte mit prekären Berufen in Handwerk, Pflege, Reinigung oder Supermärkten. Alle, denen es an Zugang zu Geld, Besitz und Bildung mangelt und die dadurch viele Benachteiligungen und Ausgrenzungen erleben. Allerdings: In diese Kategorie fallen auch viele Studierende, die während ihrer Zeit an der Uni temporär einkommensarm sind.

Unterm Strich:

Das Einkommen von Menschen dieser Schicht liegt unter 70 Prozent des mittleren Einkommens. Im Jahr 2018 hieß das: Einzelpersonen hatten monatlich unter 1.370 Euro zur Verfügung, 4-köpfige Familien gemeinsam unter 2.870 Euro*.

Was und wie viel Superreiche besitzen – darüber gab es bislang wenige Informationen. Seit Neuestem weiß man ein bisschen mehr

Der IT-Unternehmer

Mit einer eigenen Rakete ins All fliegen wie Tesla-Chef Elon Musk oder Amazon-Gründer Jeff Bezos? Findet Tobias Lütke aus Koblenz eher nicht so spannend. „Die Erde ist der beste Planet, den wir jemals gefunden haben“, sagt der 40-Jährige in einem Interview mit der Computernerd-Zeitschrift „c’t“. „Ich bin vielmehr am Klima interessiert.“

Am fehlenden Geld für ein eigenes kleines Raumfahrtprojekt würde es nicht scheitern, denn Tobias Lütke gehört laut „manager magazin“ zu den 20 reichsten Deutschen. Sein Vermögen soll sich auf zwölf Milliarden Euro belaufen, womit er sich in die typisch deutsche Milliardärs Mischung aus Autodynamisten, Supermarktkönigen und Maschinenbauer-Erben einreicht.

Schon als Kind bekam Tobias Lütke von seinen Eltern einen Heimcomputer geschenkt, für den es allerdings kaum Spiele gab. Die musste er selbst programmieren. Nach der Mittleren Reife begann er dann eine Ausbildung zum Fachinformatiker, wenig später ging er wegen seiner Freundin nach Kanada und gründete dort einen Onlinehandel für Snowboards. Weil das technisch recht kompliziert war, erfand er eine simple Software für E-Commerce. Das war der Anfang von Shopify – ein Softwareunternehmen, das im vergangenen November mit 160 Milliarden Euro an der Börse bewertet wurde. Bei allem Wachstum sei ihm besonders wichtig, dass seine Firma möglichst ökologisch agiere, so Tobias Lütke. Und sein Lifestyle? Wirkt eher brav. Er hat eine Schwäche für Schiebermützen aus Tweed. Auf seinem Instagram-Account postet er mal das Bild eines Porsche 911, auf einem anderem düst er mit einem sogenannten Fliteboard über die Wellen. Verglichen mit den Superjachten anderer Milliardäre ein sehr bescheidenes Hobby.

Der Immobilienbesitzer

Neulich war Stephan K.* wieder in Amsterdam, um ein Haus zu kaufen. Es steht an einer Gracht mitten in der Stadt – also dort, wo die Immobilienpreise am höchsten sind. 2,4 Millionen Euro sollte es kosten, letztlich zahlte er 2,1 Millionen. „Die Holländer lieben es, zu handeln“, sagt K., „ganz anders als die Deutschen.“ Wenn K. von seinem Immobilienbesitz spricht, ist seine Leidenschaft zu spüren. Es geht dann um alte Bausubstanz, um Holzfenster, denkmalgeschützte Bauten und deren Erhalt. Selten geht es um Geld. Denn das ist einfach da. Vor zwei Jahren verstarb K.s Vater, der Gastronom war und seit den 1960er-Jahren in Immobilien investierte. Insgesamt vererbte er seinen drei Kindern Immobilien



Von Oliver Gehrs

Welcher Rolls-Royce?

im Wert von fast 100 Millionen Euro. Während sich seine Geschwister monatlich einen Teil der Mieteinnahmen auszahlen lassen, kümmert sich Stephan K. um die Geschäfte. Er hat eine Stiftung gegründet und die Zahl der Häuser in den letzten beiden Jahren vermehrt.

Was K. mit all dem Geld anfangen will? Das von seinem Vater gegründete Vermögen soll auch den nächsten Generationen ein gutes Leben ermöglichen, sagt er. Er überlege sogar, per Stiftungsstatut zu verhindern, dass jemals eine der Immobilien verkauft wird – nur um schnell mal ein paar Millionen flüssig zu haben. Er selbst wohnt übrigens in einem 100 Quadratmeter großen Haus am recht unglamourösen Rand einer deutschen Großstadt.

Die Erbin

Spätestens seit Mai dieses Jahres steht ihr Name für Klassenverrat. So konnte es Marlene Engelhorn vor einigen Monaten in einer Tageszeitung lesen. Worin ihr Verrat besteht? Die 29-jährige Studentin will mindestens 90 Prozent ihres Erbes freiwillig an den Staat abgeben. Immerhin dürfte es sich bei Engelhorns Erbe um einen zweistelligen Millionenbetrag handeln, ihre Vorfahren erwirtschafteten das Vermögen in der Pharmaindustrie.

Engelhorn ist Mitbegründerin der Initiative „Tax Me Now“, bei der sich mehr als 50 Millionärinnen und Millionen für eine Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern einsetzen. „Demokratiegefährdender Machtkonzentration in Form von Kapital und Einfluss von wenigen steht wachsende materielle Unsicherheit von vielen gegenüber“, steht auf der Homepage der Kampagne.

Marlene Engelhorn studiert noch, Germanistik an der Uni Wien, und arbeitet bei der Guerrilla Foundation, die Aktionen für mehr soziale Gerechtigkeit und gegen Diskriminierung unterstützt. Mit dem Teil des Vermögens, den sie behält, will die Millionenerbin dafür sorgen, dass weniger privilegierte Menschen ähnliche Lebenschancen wie sie selbst haben.

Tobias Lütke, Stephan K., Marlene Engelhorn: Drei sehr Reiche, die mit ihren Vermögen nicht protzen, sondern eine Verantwortung spüren – sei es für die eigene Familie, für ihr Unternehmen oder für die Gesellschaft. Natürlich gibt es auch die anderen, die man in den Klatschspalten der Presse sieht. Die sich auf Partys mit viel Bling-Bling in Szene setzen, stolz ihre großen Autos zeigen oder in Luxusrestaurants vergoldete Steaks essen. Meist sind das Stars aus dem Showbiz, Spitzensportler oder Influencer. Aber wer sind all die anderen?

Die Reichen in Deutschland neigen seit jeher zur Verschwiegenheit. Erst in letzter Zeit machten sich Forscher und Forscherinnen die Mühe, die Reichen und Superreichen in Deutschland näher zu betrachten. Die jetzt vorliegenden Daten zeigen zunächst, dass immer weniger Menschen immer mehr Vermögen haben. So besitzt das reichste Prozent der deutschen Bevölkerung rund 35 Prozent des individuellen Nettovermögens. Auf die oberen zehn Prozent entfallen 67 Prozent. Kein Wunder, dass der sogenannte Gini-Koeffizient, ein statistisches Maß zur Messung von sozialer Ungleichheit, in Deutschland auf 0,83 stieg. Bei null wären alle Vermögen genau gleich verteilt, bei eins würde alles einer einzigen Person gehören. Verglichen mit anderen Industriestaaten ein hoher Wert. Die Vermögensungleichheit verstärkt sich zudem durch Erbschaften. Laut einer Studie erben oft Menschen, die bereits privilegiert sind. Fast 25 Prozent der Erbschaften gehen an Personen, die eh schon zu den obersten zehn Prozent gehören.

Was die Studien auch zeigen: Wer risikofreudiger ist und gern Neues ausprobiert, bringt es eher zu großem Wohlstand als Menschen, die eine sichere Festanstellung bevorzugen. Dieser Unternehmmergeist hat durch die Digitalisierung einen Schub erfahren. Kurz gesagt: Der Weg zum Reichtum ist kürzer geworden. Während alte Industrien über Jahre wuchsen, sammeln Start-ups heute in wenigen Monaten Milliarden ein – manchmal für nicht viel mehr als eine Idee. „Früher machte vor allem die Vergangenheit reich, jetzt die Zukunft“,

sagt der Vermögensforscher Thomas Druyen. Dabei hätten die Statussymbole der alten Oberschicht bei der digitalen Elite an Wert verloren. „Bei jungen Erfolgreichen wird deutlich, dass der sinnvolle Einsatz von Vermögen wichtiger ist als egomane Besitzansprüche.“

Etwas anders sieht es der Autor Björn Vedder, dessen Buch „Reicher Pöbel – Über die Monster des Kapitalismus“ heißt. Er wohnt in der Nähe von München am Ammersee, wo einige der reichsten Gemeinden Deutschlands liegen. Dort, so Vedder, beobachte er Menschen, die so reich sind, dass sie glauben, auf Staat und Gesellschaft nicht mehr angewiesen zu sein. „Ansprüche von dieser Seite erscheinen schnell als Zumutung. Man glaubt, sich alles selbst zu verdanken.“

Es scheint sie also alle gleichzeitig zu geben: die arroganten SUV-Fahrer wie die reichen Erben, die über das Spenden nachdenken. Die nerdigen Internetunternehmer und die Mega-Influencer mit dem goldenen Lamborghini. Es ist eben mit den Vermögenden wie mit den anderen Klassen auch: Die Oberschicht ist längst kein homogenes Milieu mehr, sondern reich an Facetten. ↩

** Name geändert*

Schubladendenken, Teil 1 Ständegesellschaft



Die legitime Herrschaft von wenigen über viele? Das gab es im Mittelalter, als der Adel über das Volk herrschte. In den exklusiven Kreis, an dessen Spitze ein König oder Kaiser stand, wurde man im Regelfall hineingeboren. Die Grafen, Herzöge und Fürsten verfügten über Ländereien und Vermögen. Das machte sie mächtig. Tradition und Religion waren bedeutend. Bevor Wissenschaftler die Welt erklärten, fand man Antworten in der Religion, in Europa überwiegend im Christentum. Darum genoss der Klerus, also beispielsweise Pfarrer und Bischöfe, besondere Anerkennung. Die Geistlichen waren meist gut gebildet, was sie vom Rest des Volkes unterschied. Bauern und einfache Bürger stellten zwar die größte Bevölkerungsgruppe und kümmerten sich um die Grundversorgung, hatten allerdings nur wenig Mitsprache und Teilhabe. Anders als heute gab es kein Grundgesetz, das die Gleichheit aller Menschen bestimmte. Die Gesellschaft baute auf einem ungleichen Zugang zu Rechten und Privilegien auf – begründet mit der gottgewollten Ordnung.

Luisa ist 25 und hat ein Eliteinternat besucht.
Hier erzählt sie, was an den Vorurteilen über die
Reichenbubble dran ist

Immer diese Privilegien

Schuluniformen, Rugbyteams, Tennisplätze und abends heimliche Drogenpartys – ganz so, wie das Internatsleben in Filmen oft dargestellt wird, ist es nicht. Klar lebt man in einer Seifenblase, aber man bekommt auch nicht alles geschenkt. Es gibt jede Menge Verpflichtungen und Regeln. Zum Beispiel gibt es wöchentliche Drogentests, bei denen ausgelost wird, wer seinen Urin testen lassen muss. Wenn der Test positiv ist, fliegt man sofort von der Schule. Auch das Abi bekommt hier niemand hinterhergeworfen.

Klar, die Privatschule, auf die ich ging, kostet schon mehrere Zehntausend Euro im Jahr. Daher ist das Umfeld ein anderes als auf staatlichen Gymnasien. Autos sind zum Beispiel ein krasses Statussymbol und fallen auf dem Schülerparkplatz sofort ins Auge. Von seinen Eltern eine Mercedes-Benz-G-Klasse geschenkt zu bekommen ist ganz normal. Mein Golf war mit Abstand das kleinste Auto. Und trotzdem waren die meisten meiner Mitschülerinnen und Mitschüler auch ziemlich uneitel. Abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen spielten Äußerlichkeiten bei uns kaum eine Rolle. Meistens sind wir nur in Jogginghosen rumgelaufen, auch wenn wir das eigentlich im Unterricht nicht durften.

Viele aus meiner Familie waren auf demselben Internat.

Es hat also eine gewisse Tradition in meiner Familie. Das ist bei vielen Schülerinnen und Schülern so. Man kennt sich häufig schon vorher über die Familien. Es herrscht eine Art Klüngel. Viele kamen auch aus Adelsfamilien. Sie wurden die „Adelsgang“ genannt. Den meisten von uns war schon bewusst, dass es ein großes Privileg ist, auf dieses Internat zu gehen. Das wurde uns auch von der Schule vermittelt. Aber natürlich gab es auch die, die über Pfingsten mit ihren fetten Autos nach Sylt fuhren und da im Club mit Champagner rumgespritzt haben. Das entspricht voll den Vorurteilen, die viele haben. Aber nicht allen meinen Mitschülerinnen und Mitschülern wurde das Geld in den Hintern gesteckt. Viele Eltern mussten viel dafür arbeiten, um ihren Kindern den Schulbesuch zu ermöglichen. Andere wiederum hatten das Gefühl, dass sie den Lebensstandard ihrer Eltern unbedingt halten und dafür besonders hart arbeiten müssen. Das bedeutet auch Druck. Dabei hilft es selbstverständlich, dass man sich eine Art Netzwerk im Internat aufbaut. Alle unterstützen sich, auch die ehemaligen Schülerinnen und Schüler.

Eine lange Tradition haben am Internat die sogenannten



Gilden – das sind soziale Verpflichtungen, die jeder Schüler und jede Schülerin übernehmen muss. Wir konnten uns zum Beispiel im Seniorenheim um ältere Menschen kümmern oder sozial benachteiligten Jugendlichen Nachhilfeunterricht geben. Auch in Ruanda gab es ein Projekt auf einer Kaffeeplantage. Mein Bewusstsein für soziale Ungerechtigkeiten hat sich dadurch schon in der Schulzeit entwickelt, auch wenn mir die Gegensätze zwischen Arm und Reich erst nach der Schule stärker aufgefallen sind, weil wir auf dem Internat unter uns waren. Heute studiere ich Psychologie und merke, dass ich auch an der Uni privilegiert bin, weil meine Eltern mich während des Studiums finanziell unterstützen. Andere müssen nebenbei viel arbeiten. Es ist mir zudem bewusst geworden, welche Unterschiede es beispielsweise bei den Leistungen der gesetzlichen und privaten Krankenkassen gibt. Das macht die Schere zwischen Reich und Arm besonders deutlich. ↩

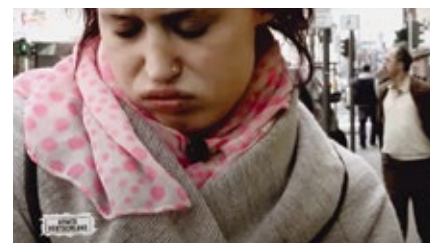
Protokoll: Natascha Roshani

Guck

Von Nikita Vaillant

Im Privatfernsehen werden ständig Menschen vorgeführt, die nicht viel Geld haben – und damit Vorurteile gefestigt

mal, wie arm!



Wer in den Nullerjahren aufgewachsen ist, durch Privatsender zappte und Internetzugang hatte, kennt sie alle: „Psycho Andreas“, der für sein wütendes „Halt, stopp!“ bekannt wurde, „Nadine the Brain“, die meint, Bioprodukte seien Abfall, oder die dicke Frau aus „Mitten im Leben“, die angeblich Klopapier mit Kakao dazu isst. In den Sendungen, aus denen diese Clips stammen, geht es um vermeintlich alltägliche Probleme. Was sie eint, sind die ärmeren Milieus, in denen sie spielen. Deswegen werden sie auch „Unterschichtenfernsehen“ genannt. In den Generationen Y und Z ist zudem ein anderer Begriff verbreitet: „Assi-TV“.

Zwar sind die goldenen Tage von „Mitten im Leben“ oder „Frauentausch“ vorbei, auf RTL II, RTL und Vox laufen aber längst neue Formate, die diese Tradition fortführen. Da gibt es zum Beispiel die Sozialdokumentation „Armes Deutschland – Stempeln oder Abrackern“. Hier werden in jeder Folge zwei Schicksale gezeigt: Die einen „stempeln“, beziehen

also Sozialleistungen, und die anderen schlagen sich gerade so mit mehreren Jobs durch.

Für seine Studie „Armutszeugnis – wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt“ hat sich der Medienwissenschaftler Bernd Gäbler

intensiv mit „Armes Deutschland“ befasst. „Gerade dieses Format teilt durch Kommentierung stark in ‚gut‘ und ‚böse‘ ein. Die Teilnehmer werden in dieses Schema reingezwängt“, sagt er. Tatsächlich gibt es durchweg gehässige Kommentare aus dem Off, wenn die Protagonisten einmal als vermeintlich faule Sozialhilfeempfänger entlarvt werden. Als ein junges Paar aus Brandenburg, das von Hartz IV und Kindergeld lebt, zurück zu den Eltern zieht, wird höhnisch verkündet: „Die Ex-Partner verteilen ihre Lebenskosten gerecht auf den Staat und ihre Eltern (...), der Weg zurück ins Kinderzimmer hat sich für beide erst mal ausgezahlt.“ Auch durch den Schnitt zeigen die Macher die Teilnehmer von ihrer schlechtesten Seite.



Wenn diese von gesunder Ernährung sprechen, gibt es eine Einstellung auf den Tiefkühler, in dem sich Fertignahrung stapelt. Wenn sie davon sprechen, im Haushalt zu helfen, sieht man parallel den Schmutz in den Ecken. Selbst der unappetitlich lange Zehennagel eines Teilnehmers ist vor der heranzoomenden Kamera nicht sicher.

Als ein Hartz IV beziehender Vater seine Schachtel Zigaretten mit Freunden teilt, heißt es: „Statt seine Schulden zu zahlen, verteilt er das Geld vom Staat unter seinen Freunden.“ Bei einem anderen, der für einen Freundschaftsdienst neben Essen und Trinken auch Geld annimmt, wird kommentiert: „Auch wenn für D. die Grenzen fließend sind, betrügt er eindeutig den Sozialstaat.“ Für solche Rechtsfragen gibt es sogar ein eigenes Spin-off: „Armes Deutschland – dürfen die das?“

Unter den hunderttausendfach geklickten Videos der Serie auf YouTube kann man einen Eindruck davon gewinnen, warum Menschen die Serie schauen: „Endlich die wöchentliche Dosis asozial“ oder „Endlich sieht man wieder Leute, die noch schlimmer sind als man selbst“ steht in den Topkommentaren. Auch Medienwissenschaftler Bernd Gäbler meint: „In der Regel ist es eine Mischung aus Identifikation und Vergleich – man sieht gern Menschen, die einem in ihrer Lebenssituation ähneln, denkt sich aber auch: ‚Zum Glück bin ich nicht so schlimm wie die.‘“ Für manche Teilnehmer hat die Sendung ernsthafte Konsequenzen. Der Familienvater, der seine Schachtel Zigaretten teilte, erhielt nach Ausstrahlung seiner Folge Hassnachrichten und Drohungen – sein Leben „sei zerstört“, berichtete er in einem Zeitungsartikel. Auch seine damalige Frau bereut ihr Auftreten in „Armes Deutschland“. Auf eine Interviewanfrage antwortete sie, dass sie ein neues Leben führe und nicht mehr mit ihrer Teilnahme konfrontiert werden möchte.

„Diese Formate tun so, als würden sie diesen Menschen eine Stimme geben: Richtig zuhören tun sie aber nicht“, resümiert auch Bernd Gäbler. Die Figur des „Assis“ wird wohl fester und beliebter Bestandteil deutscher Popkultur bleiben – dafür werden die Macher von TV-Formaten wie „Armes Deutschland“ schon sorgen.



The image features two individuals wearing realistic gorilla masks. The mask on the left is larger and more prominent, showing a gorilla's face in profile, looking towards the right. The mask on the right is smaller and positioned slightly behind the first one, also in profile. Both masks have dark, textured fur and detailed facial features like eyes, nose, and mouth. The background is a solid, bright orange color.

Mit schwerem Rucksack
durch den Verkehr, und
immer tickt die Uhr. Der
Lieferdienst Gorillas
verspricht, Lebensmittel
in zehn Minuten zu liefern.
Doch die Kuriere klagen
über Ausbeutung und
entdecken ihre Macht im
Arbeitskampf

Nicht eure Affen

Sich um kurz vor 23 Uhr noch mal ein Sixpack Bier bringen lassen? Oder fürs Frühstück Milch und Eier, ohne vor die Tür zu müssen? Der Lieferdienst Gorillas verspricht seinen Kunden, dass es nach maximal zehn Minuten an der Haustür klingelt – dazu Preise wie im Supermarkt. Für die Lieferung kommen 1,80 Euro hinzu, egal wie viel man bestellt. „Schneller als du“ lautet der Claim des Unternehmens.

Gorillas wurde erst im Mai 2020 gegründet und innerhalb eines Jahres zum heißesten Start-up des Landes. Zumindest für die Investoren, die Hunderte Millionen Euro in die Firma pumpen. Inzwischen sind Gorillas-Kuriere in 55 Städten in neun Ländern unterwegs, größtenteils Studierende aus dem Ausland und Menschen, die erst seit Kurzem im Land sind – Sprachkenntnisse benötigt man nämlich kaum.

Doch zuletzt sorgte Gorillas vor allem wegen der anhaltenden Proteste von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Schlagzeilen. Die Liste ihrer Beschwerden ist lang: unregelmäßige Bezahlung, schlechte Regenkleidung und kaputte Fahrräder, die manche Fahrt zum Gesundheitsrisiko machen. Am größten aber ist mittlerweile die Wut darüber, dass viele Rider fristlos entlassen wurden, weil sie an sogenannten wilden Streiks teilgenommen hatten.

Zeynep Karlıdağ arbeitet seit Februar für das Unternehmen. Sie kam aus der Türkei zum Studieren nach Deutschland und suchte eine Arbeit. „Die ersten Wochen war ich sehr zufrieden mit dem Job“, erzählt sie. Zum ersten Mal seit Langem sei sie wieder krankenversichert gewesen, zudem habe sie in Teilzeit mehr verdient als eine Lehrerin in der Türkei mit einem Vollzeitjob. Doch schon nach ein paar Wochen bekam sie chronische Schmerzen im Rücken. Tatsächlich wogen die Rucksäcke der Rider schon mal über zehn Kilo. Zeynep glaubt, dass das Unternehmen extra die Gepäckkörbe an den Fahrrädern abgebaut habe, damit das Bier nicht durchgeschüttelt wird. „Sie nutzen unsere Rücken als billige Stoßdämpfer.“ Gorillas widerspricht nicht nur dieser Darstellung. Bereits im Juni hätte man sichergestellt, dass Lieferungen über zehn Kilo auf zwei Rider verteilt würden.

„Die Ausstattung mit Schutzkleidung wie Regenmänteln, Handschuhen und Jacken hat sich nach den Streiks wirklich verbessert“, räumt Zeynep ein. Unsichere Fahrräder seien aber weiterhin ein Problem, bisweilen käme es zu Unfällen. Und nach wie vor würde Gorillas Löhne nicht pünktlich und fehlerfrei zahlen. Davon erzählen auch andere Rider. Gorillas gibt lediglich „einen kleinen Prozentsatz an Fehlern in der Gehaltsabrechnung“ zu.

Viel Ärger gibt es auch immer wieder wegen der Schichtpläne. Für Zeyneps Freundin Duygu war das ein Grund, sich an den Streiks zu beteiligen. Sie zeigt Schichtpläne mit manchmal nur sieben Stunden Pause zwischen zwei Schichten, im deutschen Arbeitsrecht sind mindestens zehn vorgesehen. Laut Darstellung von Gorillas würde es nur zu Verstößen gegen die gesetzliche Ruhezeit kommen, wenn Beschäftigte selbstständig Schichten tauschten.

So wie sich früher Essenslieferdienste einen harten Wettbewerb boten, bei dem letztlich nur wenige übrig blieben, befindet sich Gorillas ebenfalls in Konkurrenz zu anderen Anbietern wie Flink, Getir oder Wolt. Wer irgendwann wirklich die Gewinne einfahren will, die das Milliardeninvestment rechtfertigen, wird wohl die anderen verdrängen oder schlu-

cken müssen. Da ist es nicht förderlich, wenn das Image durch die Diskussion um schlechte Arbeitsbedingungen leidet. Bei einer Meinungsumfrage im Juli gaben 62 Prozent der Befragten an, dass sich ihre Meinung zu Gorillas durch die Arbeitskämpfe verschlechtert habe. Und eine Zeitung schrieb: Gorillas sei auf dem besten Weg, zum Symbol einer neuen Form von Arbeitnehmersausbeutung zu werden.

Um die Gemüter zu besänftigen, setzte Gorillas kleinere Rucksäcke und ein neues Schichtplanungstool ein – Firmengründer Kağan Sümer mischte sich sogar unter die unzufriedenen Rider, erzählte ihnen von seiner Leidenschaft fürs Fahrradfahren und versprach im Juli: „Ich würde niemals jemanden wegen eines Streiks feuern.“ Ein Versprechen, das er nur wenige Monate später brach.

Denn im Oktober schickte Gorillas zahlreiche außerordentliche Kündigungen an Beschäftigte in Berlin und Leipzig, die im Verdacht standen, gestreikt zu haben. Die Gewerkschaft Verdi spricht von 350 Betroffenen. Vor der Firmenzentrale in Berlin kam es daraufhin wieder zu Protesten. „We fire in 10 minutes“, hieß es auf einem Transparent, „Wir feuern in zehn Minuten.“ Ob die Kündigungen rechters waren, müssen wohl bald Gerichte klären. Fakt ist: Arbeitsniederlegungen, zu denen keine Gewerkschaft aufruft, gelten in Deutschland als unzulässig. Das Verbot dieser sogenannten wilden Streiks leitet sich aus einer Reihe von Urteilen aus den 1950er- und 1960er-Jahren ab. Viele Juristen glauben jedoch, dass diese Urteile im Widerspruch zu völkerrechtlichen Verträgen stehen. Mit dem Streikaufruf einer Gewerkschaft hätten die Kündigungen vermieden werden können, glauben viele Rider. Doch den Gewerkschaften fällt es schwer, sich im E-Commerce zu organisieren. Wo die Beschäftigten schlecht verdienen, sind kaum Mitgliedsbeiträge zu holen, die befristeten Arbeitsverhältnisse machen eine Bindung schwierig. Zudem sind die per Smartphone organisierten Flashmobs oder Boykottaufrufe auf WhatsApp in herkömmlichen Arbeitskämpfen eher unüblich.

Probleme bei den Schichtplänen, unregelmäßige Lohnzahlungen, mangelnder Arbeitsschutz: Vieles davon ließe sich mit einem Betriebsrat verbessern. Deswegen wollen Gorillas-Arbeiterinnen und -Arbeiter auch einen solchen gründen, doch auch hier blockte die Unternehmensführung. Zwar verkündete man auf der Homepage, dass man die Gründung eines Betriebsrates unterstützen würde, doch versuchte man, die geplanten Betriebsratswahlen gerichtlich verbieten zu lassen. Ende November urteilte das Landesarbeitsgericht Berlin-Brandenburg, dass die Mitarbeiter ihre Betriebsratswahl fortsetzen dürfen – und schließlich wurde ein 19-köpfiges Gremium gewählt.

Eine der gewählten Betriebsrätinnen ist Zeynep. „Mit dem Betriebsrat können wir Einfluss auf Entscheidungen der Unternehmensführung nehmen“, sagt sie. Doch wie lange dieses Gremium bestehen wird, ist unklar. Sie geht davon aus, dass Gorillas weitere Versuche unternehmen wird, den Betriebsrat zu verbieten. Aber eins ist für Zeynep klar: „Wir kämpfen weiter für unsere Rechte.“



Mach schnell!
In vielen Großstädten sind die Rider schon ein gewohntes Bild

Dass jungen Menschen schon in der Schule Lebenschancen verbaut werden, liegt auch an einem Bildungssystem, das früh in Verlierer und Gewinner einteilt. In Berlin gibt es eine Privatschule für Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien, die eine Lösung aufzeigt

Wenn Dorna nicht weiterkommt, wendet sie sich an Herrn Spiegel. So wie am Vorabend ihrer letzten Matheklausur. Tagelang übte die Zwölftklässlerin Kurvendiskussionen, berechnete Nullstellen und Wendepunkte. Doch ausgerechnet in der Nacht vor der Prüfung kommt sie bei einer Übungsaufgabe nicht auf die Lösung. Dorna nimmt ihr Telefon in die Hand und ruft den Bio-Lehrer ihrer alten Schule an. Eine halbe Stunde später weiß sie, wo ihr Fehler liegt – und wie sie die Aufgabe lösen kann.

Was bei herkömmlichen Lehrkräften undenkbar wäre, ist für Herrn Spiegel und seine Kollegen an der Berliner Quinoa-Schule Alltag. Jeder Schüler hat hier seinen persönlichen Tutor, der ihn durchs Schuljahr begleitet und auch mal Nachhilfe außerhalb des Unterrichts gibt. Selbst Ehemalige, die ihren Abschluss bereits in der Tasche haben und nun eine Ausbildung machen oder eine weiterführende Schule besuchen wie die 16-jährige Dorna, dürfen sich jederzeit mit Fragen melden. Die „Anschlussbegleitung“ ist Teil des pädagogischen Konzepts der Quinoa-Schule. Das Ziel: Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien im Schulalltag besser unterstützen – und möglichst bis zum Abschluss führen.

Die Quinoa-Schule ist damit eine der ungewöhnlichsten Bildungsstätten des Landes: Das beginnt bei ihrem Namen. Da das Getreide Quinoa unter widrigen Bedingungen wachsen kann,

soll der Schulname Familien im Berliner Stadtteil Wedding Hoffnung bringen, in dem es Kinder oftmals schwerer haben als in anderen Bezirken der Stadt.

„Wenn Chaos im Kopf ist, ist kein Platz für Mathe“

Ungewöhnlich an der Schule ist auch ihre Zielgruppe. Im Gegensatz zu anderen Privatschulen spricht sie nicht vermögende Eltern an, sondern gezielt die weniger Wohlhabenden. Auch das Schulgeld von 35 Euro im Monat widerspricht dem Klischee von elitären Privatschülerinnen und -schülern, zumal die meisten Eltern davon befreit sind. Die Schule ist staatlich anerkannt und bekommt das meiste Geld vom Staat, der Rest muss durch Spenden und Schulgeld reinkommen. Es ist ein bildungspolitisches Experiment: Kann ausgerechnet solch eine Privatschule dem Staat vormachen, wie man die Ungleichheit im Bildungssystem ausgleichen kann?

In kaum einem anderen westlichen Industrieland werden die Bildungschancen so stark vererbt wie in Deutschland. Wer aus einer sozial benachteiligten Familie kommt, hat deutlich schlechtere Chancen, aufs Gymnasium zu kommen – oder überhaupt einen Schulabschluss zu machen. Jedes Jahr brechen bundesweit etwa 50.000 Jugendliche die Schule ab. Im Bezirk Mitte, zu dem

der Stadtteil Wedding zählt, verlässt jeder Achte die Schule ohne Abschluss, Förderschüler nicht mitgerechnet. Vor gravierenden Folgen warnt der Nationale Bildungsbericht 2020: Nur ein Viertel der Jugendlichen ohne Schulabschluss finde einen Ausbildungsplatz. Bei denen, die zumindest die Mittlere Reife schaffen, sind es bereits über 80 Prozent.

Pantelis Pavlakidis kennt die Schicksale hinter den Statistiken. Der 35-Jährige ist seit 2018 Leiter der Quinoa-Schule. „Ohne Unterstützung kommen viele Jugendliche hier nicht aus der Armutsfalle raus“, sagt Pavlakidis. Drei Viertel seiner rund 160 Schülerinnen und Schüler kommen aus Familien, die Hartz IV beziehen. Die wenigsten Eltern haben einen höheren Bildungsabschluss, viele sprechen kaum oder gar kein Deutsch. Oft wohnten die Familien auch sehr beengt, viele Schüler hätten zu Hause weder Platz noch Ruhe, um Hausaufgaben zu machen, erzählt Pavlakidis. Hinzu kämen häufig noch Diskriminierungserfahrungen, über 80 Prozent der Quinoa-Schüler haben eine Einwanderungsgeschichte. „Unser Motto ist: Wenn Chaos im Kopf ist, ist kein Platz für Mathe“, so Pavlakidis. Deshalb müsse sich nicht jede Stunde um Schulstoff drehen.

Das erkennt man schon an der Stundentafel. Im Schulfach „Zukunft“ sollen sich die Jugendlichen über mögliche Berufsziele und Ausbildungswege Gedanken machen, im Fach „Interkulturelles Lernen“ über Fremd- und Eigenzuschreibungen. Einmal habe seine Klasse über ein Jahr hinweg regelmäßig ein Seniorenheim besucht, berichtet Pavlakidis. „Stigmatisierte Jugendliche aus dem sozialen Brennpunkt unterhalten sich mit alten weißen Biodeutschen. Das hat auf beiden Seiten Vorurteile abgebaut.“ Das wichtigste Instrument gegen einen Schulabbruch aber sei Beziehungsarbeit. Damit dafür genügend Zeit bleibt, setzt die Quinoa-Schule die

Klassen- Arbeit

Von Ralf Pauli



Komm, steig ein: Nicht nur
gemeinsames Lernen, auch
Aktivitäten wie Klassenfahrten
bringen Menschen voran

Dafür sprechen auch die Zahlen. In der ersten Abschlussklasse 2018 schafften 88 Prozent der Schülerinnen und Schüler ihren Abschluss, 2019 dann 92 Prozent, 2020 sogar alle. Im Vergleich zu den staatlichen Schulen im Bezirk erzielten die Quinoa-Schüler in allen drei Jahren die besseren Ergebnisse. Und auch die Anschlussbegleitung scheint sich bezahlt zu machen. Von den ersten drei Abschlussjahrgängen hat ein Drittel eine Ausbildung begonnen, der Rest besucht – von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen – eine weiterführende Schule. Hält die Quinoa-Schule also, was sie verspricht?

Larissa Zierow vom ifo Zentrum für Bildungsökonomik in München hält das Konzept für vielversprechend: „Wir wissen aus der Forschung, wie wertvoll Mentoringprogramme bei sozial be-

nachteiligten Jugendlichen sein können. Intensive Beziehungsarbeit kann die soziale Ungleichheit zu einem gewissen Grad ausgleichen.“ Wenn das an der Quinoa-Schule die Lehrkräfte leisten könnten, auch gut. Als Modell für staatliche Schulen hält Zierow die intensive Betreuungsarbeit aber für nicht machbar, dafür fehle schlicht Geld und Personal – weswegen es schon lange politische Forderungen gibt, Schulen finanziell mehr zu fördern.

Um die soziale Ungleichheit im Bildungssystem flächendeckend anzugehen, schlägt sie den Ausbau der Kita- und Ganztagsbetreuung oder ein längeres gemeinsames Lernen mindestens bis zur achten Klasse vor. „Die Rezepte für mehr Chancengerechtigkeit sind der Politik seit vielen Jahren bekannt“, sagt Bildungsökonomin Zierow. Sie kritisiert, dass das Thema Chancengerechtigkeit in Deutschland stiefmütterlich behandelt werde. „Solange das so bleibt, ist jede private Initiative wertvoll.“

Auch die Verantwortlichen der Berliner Quinoa-Schule wissen, dass sie mit ihrer Arbeit nur einen kleinen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit leisten können. Ab dem nächsten Schuljahr soll in der nordrhein-westfälischen Stadt Herne die zweite Quinoa-Schule Deutschlands eröffnen, um auch im Ruhrgebiet für mehr Chancengerechtigkeit zu sorgen. ✎

Unterrichtspflicht ihrer Lehrkräfte deutlich niedriger an als staatliche Schulen. Ein Viertel der Arbeitszeit, schätzt Pavlakidis, können er und seine Kollegen stattdessen in Elternarbeit, Mediation, Klassenzeit und die Tutorengespräche stecken. „Wer nur sein Fach unterrichten möchte, wird an der Quinoa-Schule wahrscheinlich nicht glücklich.“ Die Bereitschaft, sich mit den Sorgen der Schüler und Schülerinnen auseinanderzusetzen, stehe an oberster Stelle.

Entscheidend ist, wie viel Zeit sich Lehrer nehmen

Das kann Ex-Schülerin Dorna bestätigen. „An der Quinoa-Schule nehmen sich die Lehrer viel Zeit für die Schüler und ihre Fragen“, sagt sie. An ihrer jetzigen Schule sei das ganz anders. Vor anderthalb Jahren hat sie an der Quinoa-Schule ihren Mittleren Schulabschluss gemacht. Jetzt geht sie auf eine gymnasiale Oberstufe und lernt bis in die Nacht für ihr Abi. „Ich will Medizin studieren und Ärztin werden“, sagt Dorna. Sollte sie das schaffen, wäre sie eine Ausnahme. Von 100 Kindern aus Nichtakademikerfamilien nehmen nur 27 ein Studium auf, bei Kindern von Akademikern sind es selbst bei gleichen Schulleistungen 79. Seit Jahren kritisieren Bildungsforscherinnen und -forscher, dass Kinder aus Familien mit

niedrigen Bildungsabschlüssen und Einwandererfamilien selbst bei gleichen Schulleistungen seltener eine Empfehlung für das Gymnasium erhalten.

Dornas Mutter stammt aus dem Iran, sie zog ihre Tochter allein groß und hat nicht studiert. Für Dorna waren die Chancen, irgendwann zu studieren, viel geringer als bei vielen Gleichaltrigen, deren Eltern in Deutschland geboren sind, sich die Erziehungsarbeit aufteilen, besser verdienen und Akademiker sind. So hatte Dorna zum Ende der Grundschule auch keine Empfehlung für das Gymnasium, sondern nur mittelmäßige Noten und wenig Motivation, für die Schule zu lernen. Durch Zufall erfuhr ihre Mutter von der neuen Privatschule und meldete Dorna an. In vier Jahren auf der Quinoa-Schule erarbeitete sich ihre Tochter einen Notenschnitt von 1,3. „Als Dorna zu uns an die Schule kam, habe ich ihr das ehrlich gesagt nicht zugetraut“, sagt Schulleiter Pantelis Pavlakidis, den Dorna als Klassenlehrer hatte und der ihr in den ersten beiden Jahren als Tutor zur Seite stand. Spätestens seit ihrem Schnupperpraktikum in einer Klinik, das sie durch die Vermittlung ihres Bio-Lehrers Spiegel bekam, habe Dornas Berufswunsch jedoch festgestanden. „Wie sie seither dieses Ziel verfolgt, beeindruckt mich“, so Pavlakidis. Und: Dornas Entwicklung zeige, dass das Quinoa-Konzept wirke.



Für die einen steht diese Zahl für Armut und Kriminalität. Die anderen sind stolz auf sie und verbinden mit ihr Heimat, Style und Street-Credibility. Bilder aus dem 93. Département Seine-Saint-Denis bei Paris



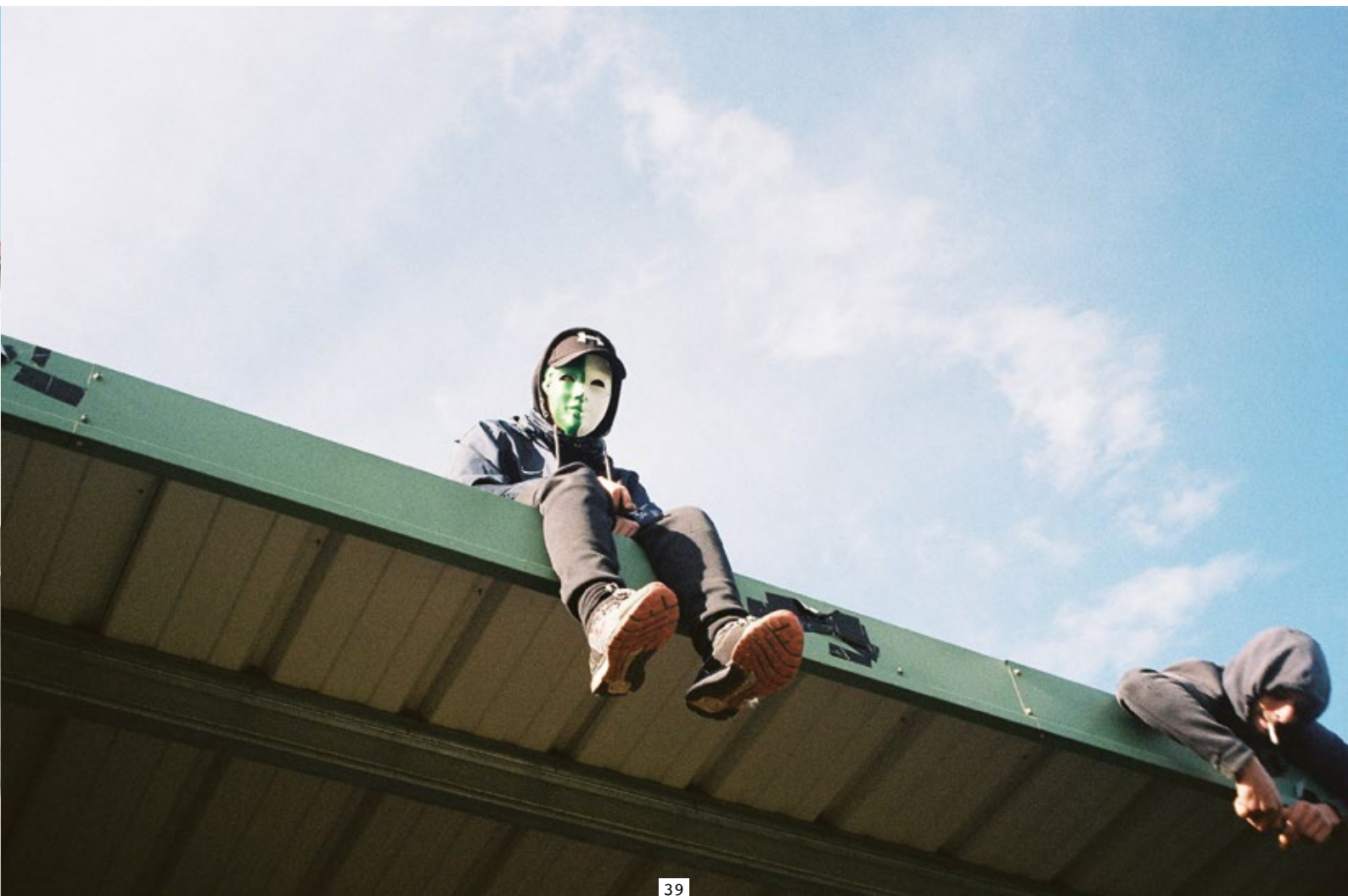




In Frankreich ist jedes Département – das ist eine Art Regierungsbezirk – durchnummeriert, und manchmal wird diese Zahl zu einem Symbol. Das Département Seine-Saint-Denis im Nordosten von Paris ist für viele der Inbegriff sozialer Probleme. In den oft heruntergekommenen Hochhäusern wohnen die, für die die französische Losung von Liberté, Égalité und Fraternité (Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit) nur bedingt gilt: Arbeitslose und arme Familien mit Migrationshintergrund, oft aus den ehemaligen Kolonien Frankreichs wie Algerien oder Ländern in Subsahara-Afrika. Die Jugendarbeitslosigkeit ist hoch, ebenso die Wut über eine immer noch ziemlich rassistische Gesellschaft, in der Menschen mit Einwanderungsgeschichte schlechtere Lebenschancen haben.

Der französische Fotograf Marvin Bonheur, der sich auch Monsieur Bonheur nennt, ist hier groß geworden und hat irgendwann angefangen, seine Freunde und Nachbarn mit der Kamera zu porträtieren. Herausgekommen ist über die Jahre eine empathische Studie über Menschen, die inmitten der Armut Würde bewahren.

Mit seinen Fotos möchte Marvin Bonheur den oft klischeehaften Bildern der vermeintlich Deklassierten in den Medien eine andere Version der Banlieues entgegenstellen. Man sieht junge Menschen, die aus ihrer Herkunft Stolz und Klassenbewusstsein beziehen, das sich in einer eigenen Mode ausdrückt, in Styles und sprachlichen Codes, die dann oft genug von den Jugendlichen in den reicheren Stadtteilen kopiert werden. Alors: Wer sind jetzt die Abgehängten? ↖



Aber sie trug doch so oft Gucci!

Von Sabine Kray

Als Anna Sorokin mit ihren Eltern aus Russland nach Eschweiler bei Aachen zieht, ist sie 16 Jahre alt, und wie viele Mädchen in ihrem Alter interessiert sie sich für Mode. Ihr Vater, ein Lkw-Fahrer, macht sich mit einem kleinen Unternehmen selbstständig, der Familie geht es gut. Obwohl es Anna schwerfällt, Deutsch zu lernen, hat sie gute Noten. Nach dem Abitur bewirbt sie sich an einer Londoner Kunsthochschule und wird direkt genommen. Doch schon nach kurzer Zeit bricht sie ihr Studium wieder ab und sammelt stattdessen lieber Erfahrungen bei einer Berliner PR-Agentur, bevor sie ihr Traumpraktikum beim angesagten Pariser Modemagazin „Purple“ beginnt.

Stets in Schwarz gekleidet, dazu eine große Céline-Sonnenbrille, Gucci-Sandalen und eine Lederjacke von Prada – so taucht sie 2013 in Paris auf. Nicht nur modisch perfekt vorbereitet, überzeugt sie den berühmten Chefredakteur Olivier Zahm schnell von ihrem Talent und zieht bald mit der Redaktion um die Häuser. Gewissenhaft dokumentiert sie diese Streifzüge durch die Kunst- und Modewelt auf Instagram – zeitgenössische Kunst, Schnappschüsse mit Künstlern und anderen Celebrities, dazu schön gefilterte Momentaufnahmen. Auch ihren Namen ändert sie: Aus Anna Sorokin wird Anna Delvey.

Als sie noch im selben Jahr nach New York geht, erweist sich ihr sorgfältig gepflegter Insta-Account als virtuelle Visitenkarte, die ihr die Türen öffnet. Der Eindruck: eine



junge Frau, die in Paris eng mit den Reichen und Schönen verkehrt. Dank ihrer Pariser Kontakte wird Anna auch in New York auf die richtigen Partys eingeladen, nicht als Ex-Praktikantin, sondern als ehemalige „Purple“-Redakteurin. Eine kleine Lüge, auf die schon bald größere folgen: Anna wohnt in einem schicken Hotel und gibt an der Rezeption reichlich Trinkgeld. Niemand kommt auf die Idee, dass die von ihr hinterlegte Kreditkarte bei Weitem nicht für die Rechnung reichen wird. Anna lässt durchblicken, dass sie eine Erbschaft von 60 Millionen Dollar erwartet, und erweckt den Eindruck, als sei Geld für sie kein Problem, sondern viel zu unwichtig, um darüber zu reden – was die Schulden, die sie bei anderen macht, einschließt. Umgeben von Künstlern und reichen Sammlern legt sie sich das passende Projekt zu: Sie will einen Kunst- und Kulturraum mit Clubcharakter in Manhattan errichten, für den sie Investoren sucht. Eine



Wie ein Mädchen aus Eschweiler zum It-Girl der New Yorker High Society wurde. Die Geschichte einer Hochstaplerin

junge, kunstinteressierte, stilsichere Europäerin, Erbin eines geheimnisvollen Vermögens – diese Mischung erweist sich in Manhattan als unschlagbar attraktiv.

Viele ihrer neuen Freunde und Freundinnen leben verschwenderisch, zeigen sich entsprechend großzügig und scheuen sich wohl auch, eine vermeintliche Millionenerbin daran zu erinnern, dass sie ihnen ein paar läppische Hundert oder gar Tausende Dollar schuldet. So glaubt der Kunstsammler Michael Xufu Huang, dass Anna ihm das Geld für die gemeinsame Reise zur Biennale in Venedig – gut 2.000 Dollar – schon noch zurückzahlen wird. Angeblich ist Annas Kreditkarte aus Sicherheitsgründen kurzfristig gesperrt, weswegen ihr Huang das Geld auslegt. Irgendwann hat er es dann einfach vergessen, und so geht es einigen, die Annas Flüge oder Hotelrechnungen bezahlen.

Vielleicht hat Anna tatsächlich die Absicht, eines Tages alle Schulden zu begleichen. Vielleicht ist sie wirklich davon überzeugt, dass sie ihr Kunst- und Kulturraum, der ihr bis ins kleinste Detail vor Augen schwebt, bald zur Millionärin macht. Dank ihrer Kontakte gelingt es ihr tatsächlich, bei

einer Bank und einer Investmentfirma ein offenes Ohr zu finden. Es geht um einen Kredit über 22 Millionen Dollar. Da Anna weder Vermögen noch ein stabiles Einkommen hat, fälscht sie Kontoauszüge, die beweisen sollen, dass ihre Eltern Millionäre sind. Die Kommunikation übernimmt der „Anwalt der Familie“, den sie auch frei erfunden hat: eine gefälschte E-Mail-Adresse, ein Prepaid-Handy und jede Menge Wagemut – fast wird ihr der Kredit bewilligt. Doch irgendwann fordert eine Bank eine Sicherheit von 100.000 Dollar. Wieder handelt Anna prompt und geht zu einer anderen Bank (die sie mit den gleichen gefälschten Dokumenten versorgt), mit der Bitte um eine Erweiterung ihres Dispos – auf 100.000 Dollar.

Nun wähnt sich Anna kurz vor dem Ziel. Doch wenig später meldet sich das kreditgebende Institut mit dem Wunsch, Annas Banker in der Schweiz zu treffen. Entsetzt macht sie einen Rückzieher, denn einen echten Schweizer Banker kann auch sie nicht faken. Von den 100.000 Dollar bleiben 55.000, den Rest behält die Bank als Gebühr.

An dieser Stelle wird die Geschichte etwas chaotisch, denn anstatt der anderen Bank das restliche Geld zurückzugeben, beginnt sie, es mit vollen Händen auszugeben. Vielleicht glaubt Anna daran, in letzter Minute noch einen privaten Investor von ihrer Idee überzeugen zu können. Doch selbst 55.000 Dollar reichen nicht, wenn man in den teuersten Hotels wohnt, Unmengen für Frisuren, Wimpernverlängerungen, Schuhe und Kleider ausgibt und mit Trinkgeldern um sich wirft. Mit gefälschten Schecks verschafft sie sich noch etwas Zeit, doch irgendwann schuldet sie dem Hotel mehr als 30.000 Dollar. Ein guter Moment, um für eine Weile von der Bildfläche zu verschwinden. Für einen kurzen Wellnessurlaub fliegt sie mit ein paar Freundinnen nach Marokko. Die Flüge übernimmt ihre Freundin Rachel, weil Annas Kreditkarte leider mal wieder „verrückt spielt“.

In Marokko sind die Freunde angesichts der luxuriösen Unterkunft sprachlos. Anna hat sich in ihrer Großzügigkeit selbst übertroffen. Bis nach einigen Tagen das Hotel darauf dringt, dass endlich eine Kreditkarte für die Buchung hinterlegt werden müsse. JETZT. Nachdem keine von Annas zwölf (!) Karten funktioniert, bleibt Rachel nichts anderes übrig, als ihre anzubieten. Monatelang läuft sie daraufhin Anna und den 62.000 Dollar, die sie „ausgelegt“ hat, hinterher, bis sie sich verzweifelt an das FBI wendet. Ihre „Freundin“ Anna, das hatte Rachel mittlerweile begriffen, ist eine Hochstaplerin und wird dank ihrer Anzeige im Jahr 2019 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Insgesamt hatte sie Bekannte, Hotels und Banken um etwa 275.000 US-Dollar betrogen.

Auch den Gerichtssaal nutzt Anna als Bühne. Ihre Auftritte in teuren Outfits greifen die Medien gern auf. Wegen guter Führung und unter Berücksichtigung ihrer Untersuchungshaft im Februar entlassen, postet sie auf Instagram Bilder, die einem irgendwie bekannt vorkommen: Anna, inzwischen 30, in New Yorker Nobelhotels, beim Champagnertrinken oder in teuren Markenklamotten. Und schon bald kommt auf Netflix eine Miniserie über ihr Leben. Sie heißt „Inventing Anna“. ↵



Glitzernde Uhren,
schnelle Autos
und angesagte
Markenklamotten –
viele Rapper flexen
ganz ordentlich.
Es gibt auch
welche, die das mit
dem Status etwas
kritischer angehen



Von Celine Schäfer

Hoch hinaus

Auf Shirin Davids erstem Album spielten Luxusmarken, teurer Schmuck und Geld eine enorm wichtige Rolle. So tanzte die als YouTuberin bekannt gewordene Rapperin in einem Musikvideo vor Louis-Vuitton- und Chanel-Geschenkbboxen, nannte einen Song „Brillis“ und rappte Zeilen wie „Mein bester Freund ist Geld, Money-Bags sind die Vibes“.

Heute, rund anderthalb Jahre später, muss man auf ihrem aktuellen Album „Bitches brauchen Rap“ länger nach solchen Zeilen suchen. In den neuen Songs wird es tiefgründiger, so geht es zum Beispiel um Feminismus, Empowerment – und um Shirins Werdegang. Und da kommt das Thema Geld doch wieder auf: „Von Struggeln an der Alster mit Sicht auf das Atlantic / zu von meiner Terrasse Ausblick auf den Atlantik / Vom Anstehn in der Schlange mit Mama vorm Hartz-Vier-Amt / zu ich stell Frauen, die zwanzig Jahre älter sind, bei mir an.“

Shirin David ist bei ihrer alleinerziehenden Mutter in Hamburg-Bramfeld aufgewachsen. Das Geld war knapp, wie sie in Interviews verrät. Und das sei auch der Grund, warum sie trotz ihrer neuen Rolle als Neofeministin, die die männlich dominierte Hip-Hop-Szene aufmischt, in ihren Texten immer noch darüber rappt, was sie sich heute alles leisten kann. „Das kommt aus dieser Zeit. Wir hatten einfach für nichts Geld“, sagt sie im Gespräch mit der „Süddeutschen Zeitung“. „Wenn mir in einem Magazin ein Outfit gefallen hat, dann habe ich es ausgeschnitten und an meine Zimmerwand geklebt. Das war wie ein Moodboard.“

Shirin David hat sich als Kind oft vorgestellt, wie es ist, Geld zu haben. Heute ist sie einer der erfolgreichsten deutschen Rapstars. Wie eine Vision: So soll es später mal sein“, erzählt die Rapperin. Shirin Davids Geschichte vom Aufstieg aus der Armut in den Reichtum steht exemplarisch für die Biografien vieler erfolgreicher Rapper: So ist zum Beispiel Capital Bra als Kind mit seiner Familie vor der Armut aus der Ukraine

nach Berlin geflohen und wuchs im Stadtteil Hohenschönhausen auf, weit weg von Glanz und Glamour. RIN, der sich mit der Zeile „Es ist Donnerstag, ich kauf mir Supreme“ in das Gedächtnis vieler Jugendlicher gerappt hat, bezeichnete seine oft protzigen Texte mal als „Komplexbewältigung“. Der Offenbacher Rapper Haftbefehl brach die Schule ab und war im Jugendarrest, heute steht er auf den großen Bühnen deutscher Hip-Hop-Festivals. Auch in seinen Texten geht es oft um Geld und Status wie im Song „Leuchtreklame“: „Ah, statt Zufriedenheit zu zeigen / pack ich lieber lila Scheine in die Tasche von Hermès / Kann mich wieder nicht entscheiden / Hol ich lieber einen weißen oder schwarzen Turbo S?“ Allerdings tauchen auch bei ihm mittlerweile kapitalismuskritische Zeilen auf: „Während Kinder verhungern, sind wir Pelz am Tragen, Ge-Ge-Geld am Sparen, Be-Be-Benz am Fahren.“

Haftbefehl, RIN, Shirin: Sie alle haben es mit ihrer Musik geschafft, sich aus der Armut zu befreien. Auch wenn sie sich in ihren Texten gern als Mitglieder einer „gehobenen Klasse“ inszenieren – was es bedeutet, ausgegrenzt zu werden, wissen sie oft nur zu gut. Schließlich hätten sie selbst oft Klassismus – also Abwertung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sozial benachteiligten Klasse – gepaart mit Rassismus erfahren, meint Falk Schacht. Der Journalist gilt als Experte für deutschen Rap und Jugendkultur und sagt: „Die Texte dieser Rapper und Rapperinnen sind eine Art der Kompensation. Viele von ihnen haben schmerzhaftes Armuterfahrungen gemacht – also Erfahrungen mit Mangel, die sie heute ausgleichen wollen.“

Andere Rapper bemühen sich hingegen, das „Flexen“ – wie das Angeben und Prahlen genannt wird – ironisch zu brechen. Bei LGoony heißt es: „Brauch keine Rakete, brauch kein Shuttle, denn ich fahr einfach in meinem Bugatti bis zum Mars“ oder „Ich schmeiße lila Scheine durch die Lobby, Birdman, Big Ballin' is my hobby“. Inspiriert vom US-amerikanischen Hip-Hop, aber auch vom Wiener Rapper Money Boy, fing LGoony an, das Thema Geld und Reichtum in seinen Texten zu überzeichnen. „Wenn ich zum Beispiel sage, dass ich mit einem Bugatti bis zum Mars fahre, ist ja jedem klar, dass das überspitzt ist“, sagt er im Gespräch. Im

Jahr 2014 hatte LGoony seinen Texten zufolge auch schon die Playstation 5 und das iPhone S6, die es damals beide noch gar nicht gab.

LGoony ist sich sicher, dass seinen Hörerinnen und Hörern die Ironie und der Witz seiner Texte bewusst sind. Aber er weiß auch: „Natürlich besteht trotzdem die Gefahr, dass man solche Texte hört und denkt, dass es wichtig ist, die teuersten Schuhe zu haben.“ Aus seiner Sicht ist das mit der Vorbildfunktion in der Musik aber eine komplizierte Angelegenheit: „Es ist auch wichtig, in seiner Kunst frei zu sein und das zu machen, was man will. Wer sich mit mir als Person beschäftigt und zum Beispiel Interviews anschaut, weiß ja, dass ich in meiner Musik als Kunstfigur auftrete.“ Trotzdem widmet er sich jetzt auch etwas anderen Themen, ohne dabei zu vergessen, wofür seine Fans ihn feiern: Auf seiner jüngsten EP, die den Namen „Go Green“ trägt und pünktlich zur Bundestagswahl erschienen ist, betreibt LGoony die Geldzählmaschine mit Windkraft und cruist mit dem Tesla durch die Stadt. ⌞

Schubladendenken, Teil 2 **Kastenwesen** **in Indien**



Als Handwerker geboren: Im hinduistischen Kastenwesen entschied die Abstammung lange über den Beruf, den Ehepartner und den Stand in der Gesellschaft. Und noch heute sind die Auswirkungen der jahrhundertealten Rangordnung spürbar. Als Kaste wird eine abgegrenzte soziale Gruppe bezeichnet. Die Zugehörigkeit zu einer Kaste wird ausschließlich vererbt, der Aufstieg war lange Zeit unmöglich. Im traditionellen Kastenwesen gibt es vier hierarchische Hauptkasten (Varnas): Brahmanen (Priester und Gelehrte), Kschatrijas (Beamte und Soldaten), Waischjas (Händler) und Schudras (Bedienstete). Sie sind jeweils in Hunderte weitere Kasten unterteilt. Außerhalb des Systems stehen Dalits, wegen der „unreinen“ Berufe wie Metzger und Kanalreiniger. Aktuell gehört fast ein Viertel der indischen Bevölkerung den Dalits an, die man auch die „Unberührbaren“ nennt. Mit der Verfassung von 1949 wurde die Diskriminierung aufgrund der Kaste verboten. Trotzdem ist sie – insbesondere in ländlichen Regionen – noch ausgeprägt.

Was aus uns werden kann

Von Bartholomäus von Laffert, Daniela
Sala und Shaveen Mohammad

Dreieinhalb Jahre regierte der sogenannte Islamische Staat in der nordsyrischen Stadt Rakka und versuchte, die Gesellschaft in zwei Kategorien einzuteilen: Gläubige und Ungläubige. Heute wollen junge Frauen die Ideologie aus den Köpfen der Menschen vertreiben. Kann ihnen das gelingen?

Eine junge Frau mit beigefarbenem Kopftuch und einer markanten Narbe am Kinn steht in der Mitte des Gebäudes, das bis vor Kurzem ein Frauengefängnis war, und strahlt übers ganze Gesicht. „Habt ihr das gesehen?“, ruft sie und deutet auf zwei Personen, die an den beiden dösenden Wachen mit Maschinenpistolen nach draußen auf die Straßen Rakkas hasten, wo die Sonne schon vormittags heiß vom Himmel brennt. Dann sind der alte Mann mit dem weißen Bart und dem rot-weiß karierten Turban und die junge Frau mit dem schwarzen Nikab verschwunden. „Früher war der Alte ein IS-Anhänger und hat seine Probleme mit Gewalt gelöst“, sagt die Frau. „Heute kommt er dafür zu uns, weil er sagt, dass er uns Frauen mehr traut als Männern.“

Die junge Frau nennt sich Amal. Ihren echten Namen will sie nicht sagen. Zu gefährlich sei das, allein im letzten Jahr hätten sie und ihr Mann mehrere Morddrohungen erhalten. Zuletzt habe jemand vor eineinhalb Monaten einen Brief geschickt mit der Ankündigung, ihnen beiden die Köpfe abzuschneiden. Doch Amal lässt sich nicht einschüchtern. Dort, wo der IS einst Frauen mit Stockschlägen bestrafte, hat sie an der Tür ein kleines Schild angebracht, auf dem „Gericht für soziale Gerechtigkeit“ steht. Es ist eine Initiative, um Konflikte zu lösen.

Amal hat eine Mission, die so unmöglich scheint, dass sie an manchen Tagen selbst nicht daran glaubt: Sie will die Gesellschaft im nord-syrischen Rakka wie-

Auferstanden aus Ruinen: In Cafés und auf den Basaren (oben) findet eine Rückkehr ins öffentliche Leben statt



der versöhnen, vier Jahre nachdem der selbst ernannte Islamische Staat aus der Stadt vertrieben wurde.

Zwischen Ende 2013 und 2017 war Rakka in Nordsyrien so etwas wie die Hauptstadt des Islamischen Staats, im Arabischen „Daesh“ genannt. Die Bilder von Menschen in Käfigen, von öffentlichen Steinigungen, Enthauptungen und einem Video, in dem eine Geisel in orangefarbenem Overall lebendig verbrannt wird, haben sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt. Vor vier Jahren, am 17. Oktober 2017, eroberte die internationale Anti-IS-Koalition mithilfe kurdisch geführter Milizen die Stadt zurück.

Die 41-jährige Khod Issa Ali, rubinroter Lippenstift, Bluejeans, weiße Nike-Sneakers, erinnert sich noch genau daran, wie im Jahr 2013 kurz Hoffnung aufkeimte, weil Rakka die erste Provinzhauptstadt war, aus der die syrischen Revolutionäre das Assad-Regime vertrieben hatten. Das Bangen und die Ängste, als Ende desselben Jahres die islamistischen Milizen der Nusra-Front und des IS die Stadt eroberten, sind der jungen Frau noch sehr präsent. Erst zwangen die Islamisten alle Frauen, nur

noch schwarze Kleidung zu tragen und ihre Gesichter zu verschleiern. Dann verboten sie ihnen, ohne ein männliches Familienmitglied auf die Straße zu gehen. Sie verbannten Handys, Internet und Fernsehen. Die Religion wurde zur Legitimierung, die Bevölkerung in zwei Kategorien einzuteilen: Fromme und Ungläubige. Anhänger und Abtrünnige. Ersteren versprachen die Terroristen das Paradies, den anderen drohten Folter und Tod. Khod Issas Mann galt als Ungläubiger. Er ist Kurde und musste deshalb gemeinsam mit dem kleinen Sohn aus der Stadt fliehen. Monatelang hielten sie sich in Dörfern versteckt, weil der IS gedroht hatte, alle Kurden in Rakka zu töten.

„Vor Daesh hat uns das Assad-Regime unterdrückt, aber wir Menschen haben alle friedlich zusammengelebt“, sagt Khod Issa. „Es waren vor allem die Ausländer, die hier einfielen und versucht haben, uns von den Gedanken des IS zu überzeugen.“ Diese Geschichte erzählen viele Menschen in Rakka: Die IS-Anhänger seien aus der Türkei, Tunesien, Ägypten, Europa oder den USA nach Syrien gekommen.

Der aus Rakka stammende Intellektuelle Yassin al-Haj Saleh beschrieb das in einem Essay so: „Daesh bezeichnet sich selbst als Staat, benimmt sich aber gegenüber den Gemeinschaften unter seiner Kontrolle wie eine Kolonialmacht, ohne auch nur im Geringsten auf die Forderungen oder Bedürfnisse der Bevölkerung einzugehen.“ Lange



Zeit dachte Khod Issa, diese Herrschaft würde nie zu Ende gehen.

Ein Grund, warum der IS schließlich doch stürzte, waren die Frauen aus Rakka. Die (mehrheitlich) kurdische Frauenmiliz YPJ half mit, den IS 2015 aus der kurdischen Stadt Kobanê zu vertreiben. Eineinhalb Jahre später kämpften Hunderte Frauen bei der Befreiung von Rakka gegen die Dschihadisten. 2018 riefen die kurdischen Kräfte hier die „Autonome Selbstverwaltung Nordostsyrien“ aus, die heute rund ein Drittel des syrischen Territoriums umfasst und in der der IS verboten ist. Die neuen Machthaber wollen eine Gesellschaft, in der Geschlecht, Ethnie und Klasse keine Rolle mehr spielen.

Doch manche Bewohnerinnen und Bewohner Rakkas sind angesichts dieser Ideen skeptisch. In Wahrheit

treiben. Sie zieht ihr Smartphone aus der Tasche und zeigt ein Bild von Frauen in schwarzen Gewändern, deren Augen nicht zu erkennen sind. „Die Männer sind in Gefängnissen, aber ihre Frauen kommen zurück und tragen die Gedanken weiter“, sagt sie. „Wir veranstalten diese Treffen, um ihnen Schritt für Schritt zu erklären, dass Daesh nichts mit dem wirklichen Islam zu tun hatte. Dass Daesh ein Fake ist. Aber wir können sie zu nichts zwingen, sonst wären wir der nächste IS.“

Dabei helfe ihr, dass sie im Gegensatz zu vielen IS-Anhängerinnen die Sprache der Menschen spreche. „Es hilft nichts, wenn wieder jemand von außerhalb kommt und ihnen seine Meinung überzustülpen versucht.“ Manche Frauen kämen Wochen später zu ihr, um sich zu bedanken. Von vielen höre

sie allerdings nie wieder. Niemand kann abschätzen, wie viele IS-Anhänger sich noch in Rakka aufhalten.

Wenn man in diesen Tagen durch die Stadt spaziert, merkt man, dass eine neue Zeit angebrochen, die alte aber noch nicht ganz vergangen ist. Am Platz des Paradieses, wo einst Menschen in Käfigen vorgeführt und gekreuzigt wurden, steht heute ein bunter Schriftzug, wie man ihn aus vielen Städten kennt: I <3 Raqqa. Dahinter hat sich eine Menschenschlange vor dem neu eröffneten Nutella-Café gebildet,

das mit der Nutella-Schrift an der Fassade zwischen all dem Schutt etwas fehl am Platz wirkt.

Blickt man durch Amals vergittertes Büfenster nach draußen, sieht man vor allem zerbombte Gebäude mit weggerissenen Fassaden. Man kann in die Wohnungen der Menschen blicken. Durch die Straßen wälzen sich Kolonnen von Lastwagen, Betonmischern und gelben Baggern, die 24 Stunden, sieben Tage die Woche Schutt abtragen, wegkarren und neue Baustoffe liefern. Es ist der Versuch, die

Kerben zuzuschütten, die der IS-Terror in der Stadt hinterlassen hat.

Amal sieht bei ihrer Arbeit auch die psychischen Wunden der zerrissenen Familien und elternlosen Kinder, die von der IS-Herrschaft geblieben sind: „Die junge Frau, die eben hier war, wurde während der Zeit des IS zwangsverheiratet“, erklärt Amal. „Unsere Aufgabe ist es, mit der Familie zu reden und eine Lösung zu finden.“ Sie kann stundenlang von den Fällen erzählen, in denen sie und ihre vier Kolleginnen versuchen, zu vermitteln, ohne ein offizielles Gericht einschalten zu müssen. Typische Fälle sind zum Beispiel jesidische Frauen, die bei den Raubzügen des IS verschleppt und vergewaltigt wurden und jetzt nicht wissen, wer für ihre Kinder sorgen soll, Frauen, die zwangsverheiratet wurden, oder Töchter, die sich dem IS anschlossen, obwohl ihre Eltern dagegen waren. „Wir müssen Wege der Versöhnung finden – wir können ja nicht alle einsperren“, sagt sie. „Wenn wir uns rächen, hört das Massaker niemals auf.“

Doch können Amal und Khod Issa damit erfolgreich sein?

„Wenn wir genügend Zeit bekommen, können wir unsere Probleme lösen“, sagt Amal. „Aber dazu müssen die Menschen verschwinden, die den Terror nach Rakka gebracht haben.“ Rund 10.000 ausländische IS-Anhängerinnen und Anhänger leben noch in Camps in Nordostsyrien. Darunter mindestens 1.000 Frauen und Kinder aus Europa. Staaten wie Deutschland, Frankreich oder Großbritannien weigern sich teilweise seit Jahren, ihre Staatsbürger zurückzunehmen.

„Diese Camps sind wie tickende Zeitbomben“, sagt Amal. „Diese Kinder und Jugendlichen sind für uns unerreichbar. Sie kennen nichts anderes als die IS-Ideologie, und wenn nicht bald etwas passiert, wird ein neuer IS entstehen, der noch brutaler ist als der erste. Und das werden nicht nur wir, sondern die ganze Welt zu spüren bekommen.“

Auch Khod Issa ist sich sicher: Erst wenn die letzten ausländischen IS-Unterstützer verschwinden, wird auch die IS-Ideologie keine Chance mehr haben. Dann kann das möglich werden, wovon sie träumt: eine Gesellschaft, in der Geschlecht, Ethnien und Klassen keine Rolle mehr spielen. ◀



seien die Kurden nur die nächsten Fremdherrscher in der arabischen Stadt, die de facto einen Einparteienstaat etablieren. Bisweilen würden Menschen willkürlich verhaftet, denen eine Nähe zum IS vorgeworfen wird. Khod Issa aber will den Kampf weiterführen, den die kurdischen Kämpferinnen in Kobanê begonnen haben. Ihre kurdischen Freundinnen hätten ihr gezeigt, was Widerstand und Gleichberechtigung bedeuten.

Heute ist sie Frauenrechtsaktivistin bei „Zenobia“, einer kleinen Organisation von Frauen aus den Städten, die vom IS befreit wurden. Ihr Ziel: die verbliebenen IS-Frauen in Syrien aufzuklären und die IS-Ideologie aus den Köpfen zu ver-

Khod Issa kämpft für Gleichberechtigung und gegen die IS-Ideologie

Zu Beginn der Coronapandemie bekam das Pflegepersonal viel Beifall. Danka* wünscht sich ein bisschen mehr als nette Gesten



„Ich wisch euren Opas den Po ab“

gefragt, bis man mich dort angestellt hat. Da hatte sie mich dann wieder um sich.

Doch viel Zeit, mich um sie zu kümmern, habe ich nicht. Manchmal betreut eine einzige Person in der Spätschicht – das ist von 16 bis 24 Uhr – 15 Patienten und Patientinnen. Oder Kunden, wie ich immer sage. Das kann mal gut gehen, wenn alle ruhig sind, aber das kommt so gut wie nie vor. Meistens wollen alle gleichzeitig etwas und klingeln nach mir. Mal geht es um Medikamente, mal um einen Tee, irgendjemand hat Schmerzen oder die Windeln voll. Ich sag mal so: Ich wische hier euren Opas den Po ab.

Am Anfang der Coronapandemie wurde viel darüber gesprochen, dass es ohne uns nicht geht. Allerdings hat das an unserer alltäglichen Situation nichts geändert. Es gibt nach wie vor viel zu wenig Personal, und die angeblich so wichtige Arbeit ist zu schlecht bezahlt.

Für 40 Stunden in der Woche bleiben mir 1.100 Euro. 750 zahle ich für meine Wohnung. Der Rest reicht gerade so, aber nicht, um auch mal in den Urlaub zu fahren oder ins Kino zu gehen. Deswegen arbeite ich regelmäßig am Wochenende. Besonders ungerecht finde ich, dass die Plätze in diesem Pflegeheim bis zu 6.000 Euro im Monat kosten. Ich weiß, dass der Betrieb eines Heimes viel kostet, aber

ich schätze mal, dass da ziemlich viel Gewinn übrig bleibt.

Es wäre also eigentlich genug Geld für die Mitarbeiter da. Allerdings findet man derzeit eh kaum welche. Die meisten wissen ja, wie die Pflegesituation in Deutschland aussieht, und machen lieber etwas anderes.

Die geplante Lohnerhöhung ist für mich ein echter Lichtblick, aber angemessen finde ich die Bezahlung immer noch nicht. Denn die Arbeit mit alten Menschen ist nicht nur emotional, sondern auch körperlich belastend. Manchmal muss ich Männer, die 100 Kilogramm wiegen, aus dem Bett wuchten. Eigentlich sollen das zwei Pflegekräfte machen, aber wie gesagt bin ich oft allein auf der Station. Kein Wunder, dass der Krankenstand bei uns hoch ist und die Personalpläne ständig umgeschrieben werden. Es ist ein Teufelskreis: Wenige Pflegerinnen und Pfleger kümmern sich um viel zu viele Patienten und riskieren dabei selbst ihre Gesundheit. Ich habe bald einen Termin beim Orthopäden. Ich habe mich wohl zu oft gebückt, um Thrombosestrümpfe zu wechseln.

Manchmal bereue ich es, diesen Beruf ergriffen zu haben. Aufhören werde ich wohl dennoch nicht. Ich kann doch meine Kunden nicht im Stich lassen. ↖

* Alle Namen wurden auf Dankas Wunsch geändert.
Protokoll: Oliver Gehrs

Herr Kube will auf die Toilette und Frau Bickermann endlich einen Tee ans Bett. Die Familie von Herrn Dreßen wartet auf einen Rückruf, weil sie sich Sorgen um ihn macht. Er ist vorgestern im Bad hingefallen. Und auch die Demenzstation bittet dringend um Hilfe. So sieht hier ein normaler Tag im Pflegeheim aus. Da kommt man schon mal aus der Puste, besonders wenn man ständig eine Atemmaske tragen muss.

Eigentlich habe ich studiert, damals in Russland. Französisch, weil ich die Sprache und das Land liebe. Geboren bin ich in Georgien, meine Familie lebt immer noch dort. Nach dem Studium wollte ich als Lehrerin arbeiten, aber als ich keine Arbeit fand, kam ich nach Deutschland und hab mich erst mal als Reinigungskraft über Wasser gehalten. Zuletzt habe ich eine alte Dame zu Hause betreut, bis sie in ein Pflegeheim musste. Sie hat mich immer ihre „Perle“ genannt und im Pflegeheim so lange nach mir

Ach du je, ein Sachse

Von Alexander Wenzel

Immer noch fühlen sich viele Ostdeutsche als Menschen zweiter Klasse – und liegen damit gar nicht so falsch. Über ein Gefühl, das von Generation zu Generation weitergegeben wird



Als Philipp Rubach in der Plattenbausiedlung Weimar-West geboren wurde, war die DDR schon seit sechs Jahren Geschichte – die friedliche Revolution schon sieben Jahre her. Dennoch beschäftigt den 25-Jährigen diese Zeit bis heute – oder das, was sie in den Köpfen der Menschen ausgelöst hat.

Im ländlichen Raum bei Dresden aufgewachsen, gründete Rubach mit Mitstreitern in Leipzig 2018 die Initiative „Aufbruch Ost“. Auslöser war das starke Abschneiden der AfD bei der Bundestagswahl ein Jahr zuvor. Seither fragt sich die Gruppe, wie ein Aufbruch im Osten jenseits von Pegida und AfD aussehen kann. Dazu gehen die Mitglieder der Initiative in Kleinstädte und Dörfer, sprechen mit den Menschen, hören ihnen zu. Das Ziel: ein neues Ost-Selbstbewusstsein zu schaffen. Denn 66 Prozent der Ostdeutschen fühlen sich als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse. Zu dem Ergebnis kam 2020 der Deutschland-Monitor der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“. Aber wie kann es sein, dass sich eine Mehrheit der Ostdeutschen 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch so fühlt?

Für viele Menschen in Ostdeutschland war die Wende eine einschneidende Erfahrung: der Verlust der gewohnten gesellschaftlichen Ordnung, des Arbeitsplatzes sowie ein neues politisches und wirtschaftliches System. Der Soziologe Bernd Martens spricht sogar von einer „tiefgehenden wirtschaftlichen und sozialen Anpassungskrise, die im Grad ihrer Auswirkungen auf die ostdeutsche Bevölkerung nur mit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre vergleichbar ist“.

Bis heute beklagen viele Ostdeutsche, für diese gravierenden Erfahrungen und die eigene Lebensleistung keine Wertschätzung erfahren zu haben. „Anerkennung haben sie aus ihrer Sicht nie bekommen: weder für diese Transformationsleistung noch dafür, die Wiedervereinigung durch die friedliche Revolution überhaupt ermöglicht zu haben“, schreiben die Autorinnen und Autoren einer Bertelsmann-Studie zum Thema. Für den Soziologen Daniel Kubiak von der Berliner Humboldt-Universität hängt das Gefühl der Benachteiligung auch damit zusammen, wie über den Osten gesprochen und

Wir stecken den Westen in die Tasche: Manchmal zeigt sich ein neues Selbstbewusstsein im Kleinen

Inter Nr. 81, Thema: Klasse

berichtet wird – nämlich häufig negativ, in Zusammenhang mit Rechtsextremismus oder Arbeitslosigkeit. Davon abgesehen sind es aber auch handfeste Fakten, die zum Gefühl der Benachteiligung beitragen. Während das Netto-Durchschnittsvermögen in Westdeutschland 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bei rund 121.000 Euro pro erwachsener Person liegt, beträgt es laut Deutschem Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Ostdeutschland nur 55.000 Euro. Im Westen konnten Bürgerinnen und Bürger privates Vermögen in Form von Geld, Aktien oder Immobilien aufbauen, im Osten war dies systembedingt nur stark eingeschränkt möglich. Dazu kamen nach der Wende Arbeitslosigkeit und geringere Löhne als im Westen. Der Gehaltsunterschied ist kleiner geworden – aber immer noch vorhanden: Im Schnitt verdient eine Vollzeitkraft mit Sozialversicherungspflicht im Osten monatlich fast 700 Euro weniger als im Westen.

Unterschiede gibt es auch beim Erben: Menschen in den ostdeutschen Bundesländern erben den DIW-Forschenden zufolge nicht nur seltener als Westdeutsche, sie erben auch deutlich weniger. So wurden von 2002 bis 2017 in Westdeutschland im Schnitt rund 92.000 Euro vererbt, wohingegen es im Osten nur 52.000 Euro waren. Das bedeutet, dass die Vermögensungleichheit von Generation zu Generation weitergegeben wird. Darüber hinaus ist der Anteil der Ostdeutschen an den Top-Elitepositionen in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft äußerst gering: Je nach Studie sind es etwa zwei bis vier Prozent. Und kein einziges DAX-Unternehmen hat seine Zentrale in Ostdeutschland.

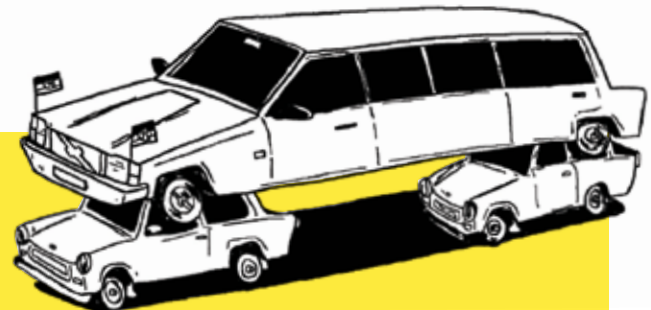
Die Benachteiligung spüren auch junge Ostdeutsche, die vor allem aus ländlichen Regionen wegziehen. Viele gehen zum Studieren oder Arbeiten in die ostdeutschen Großstädte oder gleich in den Westen. Die, die zurückbleiben, sind allein mit den Alten. Oft mangelt es zudem an Freizeitmöglichkeiten und an Orten, wo sich junge Menschen treffen können. „Das Gefühl, dass es anderswo schöner und attraktiver ist, jugendlich zu sein, ist im Alltag plastisch spürbar“, sagt Frank Greuel vom Deutschen Jugendinstitut in Halle. Vor diesem Hintergrund lässt sich nachvollziehen, warum sich 56 Prozent der befragten 18- bis 34-Jährigen in Ostdeutschland als Bürgerinnen und Bürger zweiter Klasse fühlen.

Zu diesem Ergebnis kam eine Erhebung der Bertelsmann Stiftung, für die Jana Faus die Interviews machte. Die jungen Ostdeutschen erzählten, dass sie sich für ihren Dialekt schämen müssten oder belächelt würden, wenn sie zum Beispiel sagten, dass sie aus Sachsen oder Thüringen kämen. „Sie machen permanent die Erfahrung, dass ihnen eine Rolle zugeschrieben wird – ähnlich wie bei Migranten.“ Die eigenen negativen Erfahrungen reihen sich in die Nachwende-Geschichten der Familie ein: Eltern erzählen ihren Kindern, Großeltern ihren Enkeln von Erfahrungen der Arbeitslosigkeit, kultureller Umbrüche oder nicht anerkannten Bildungsabschlüssen. Viele Kinder und Jugendliche haben auch direkt miterlebt, was die Arbeitslosigkeit nach der Wende mit ihren Eltern machte. Daraus entwickelte sich „ein hoher Grad an Solidarität mit den Biografien der Eltern“, sagt Soziologe Kubiak.

Das sogenannte Familiengedächtnis ist laut dem Historiker Jörg Ganzenmüller von der Friedrich-Schiller-Universität Jena für junge Ostdeutsche die Hauptinformationsquelle für historisches Wissen über die späte DDR und die

Wende, erst weit dahinter kämen Schule und Medien als Informationsquellen. So wird eine Erzählung über die Wendezeit weitergegeben, die viele junge Ostdeutsche immer im Hinterkopf haben. „Ostdeutsche werden sich noch so lange als Bürger zweiter Klasse fühlen, solange es Benachteiligung und Unterrepräsentation gibt“, sagt Ganzenmüller.

Dieser Erzählung will die „Aufbruch Ost“-Initiative etwas entgegensetzen. Dafür führen Philipp Rubach, der bei der Bundestagswahl für die Linke kandidierte, und sein Team viele Gespräche und erzählen auf Podien die Geschichten der Menschen. Zudem unterstützen sie Gewerkschaftsproteste. So fuhrten sie nach Wilkau-Haßlau, um dort mit den Mitarbeitenden gegen die Schließung des Haribo-Werks zu protestieren. Oder nach Riesa, um die Streikenden der dortigen Teigwarenfabrik zu unterstützen, die eine Angleichung der Ostlöhne an das Westniveau forderten. „Ich glaube nicht, dass der Westen uns retten wird“, sagt Rubach. „Entweder wir machen es selbst, oder niemand tut es.“



Schubladendenken, Teil 3

Die „klassenlose“ DDR

Diktatur, Mangelwirtschaft – und trotzdem Gleichheit? Zwischen 1949 und 1990 existierte die DDR als ein sozialistischer Staat nach marxistisch-leninistischer Ideologie. Sie bezeichnete sich als Arbeiter-und-Bauern-Staat und strebte nach einer klassenlosen Gesellschaft: Kein Privatbesitz und keine Privilegien. Doch die Realität war eine andere. Alle waren vermeintlich gleichgestellt – außer die Funktionäre und Mitglieder der autoritär herrschenden SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland). Auch ausgewählte Personenkreise, die das System aufrechterhielten, wie Mitarbeiter der Staatssicherheit oder Spitzensportlerinnen, zählten zu den Privilegierten. Während Bürger und Bürgerinnen jahrelang auf Wohnraum oder Autos warten mussten, führten die Spitzenfunktionäre und ihre Familien ein komfortables Leben. Auch Sportler konnte ohne Wartezeit auf einen „Trabbi“ zählen – ganz entgegen dem Ideal der klassenlosen Gesellschaft.

fluter ist nicht nur ein Heft!
Mehr auf fluter.de



Impressum

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung

Ausgabe 81, Thema Klasse
Winter 2021 / 22
Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0228/99515-0

Redaktion

Thorsten Schilling (verantwortlich / Bundeszentrale für politische Bildung / schilling@bpb.de),
Oliver Gehrs (redaktionelle Koordination)

Bildredaktion

Trine Skraastad

Artdirektion

Sabine Kornbrust

Mitarbeit

Anja Bengelstorff, Tobias Brück, Arno Frank, Sabrina Gaisbauer, Oliver Geyer, Houssam Hamade, Noelle Konate, Baran Korkmaz, Sabine Kray, Bartholomäus von Laffert, Shaveen Mohammad, Asiye Öztürk, Ralf Pauli, Mirjam Ratmann, Natascha Roshani, Daniela Sala, Celine Schäfer, Selmar Schüle, Anna Schulze, Andreas Thamm, Nikita Vaillant, Alexander Wenzel, Simon Zamora Martin

Dokumentation

Kathrin Lilienthal

Korrektur

Tina Hohl, Florian Kohl

Redaktionsanschrift / Leserbrief

fluter – Magazin der Bundeszentrale für politische Bildung,
DUMMY Verlag GmbH, Kirchstraße 1, 10557 Berlin,
post@fluter.de

Redaktionelle Umsetzung

DUMMY Verlag GmbH, Kirchstraße 1, 10557 Berlin
ISSN 1611-1567
Bundeszentrale für politische Bildung
info@bpb.de
www.bpb.de

Abonnement & Leserservice

Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG, Druckhaus
im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung
Raiffeisenstraße 29, 77933 Lahr
Tel. 07821/945-295, Fax 07821/945-22295
abo@heft.fluter.de

Kostenloses Abo bestellen, verlängern oder abbestellen

www.fluter.de/heft-abo
abo@heft.fluter.de

Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Postfach 501055,
18155 Rostock
Fax 038204/66-273,
www.bpb.de/shop
Nachbestellungen von fluter werden von
1 kg bis 20 kg mit 5 Euro kostenpflichtig.

Druck

Ernst Kaufmann GmbH & Co. KG, Druckhaus
Raiffeisenstraße 29, 77933 Lahr
Tel. 07821/945-0, info@druckhaus-kaufmann.de
www.druckhaus-kaufmann.de

Bildnachweise

Illustrationen Wolfgang Wiler; Cover
Max Siedentopf; U2 Amina Falah; S. 3 Miguel Riopa/AFP via Getty Images; S. 4 Jan Hoek; Maria Bayer; S. 5 Sona Maletz; S. 6, 9 Jana Sophia Nolle; S. 9 (u) Sebastian Wells/Ostkruetz; S. 12-15 Henning Christoph/ullstein bild; S. 17 Cavan Images/Getty Images; S. 18-20 Maria Bayer; S. 22-23 Jan Hoek; S. 28 Privat; S. 30 Martin Parr/Magnum Photos/Agentur Focus; S. 31 RTLZWEI Dokus/youtube.com; S. 32-33 Simon Zamora Martin; S. 35 Jörn Tomter; S. 36-39 Monsieur Bonheur; S. 40-41 instagram.com/theannadelvey; S. 42 Photopress Müller/IMAGO; S. 45 Delil Souleiman/AFP via Getty Images; Richard Spencer/The Times; S. 46 Daniela Sala; S. 47 Patricia Kühfuss/laif; S. 48 Thomas Victor; S. 50 Elina Alem Kent; U3 Hahn+Hartung; U4 Renke Brandt

Papier: Dieses Magazin wurde auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ausführliche Informationen zu Datenschutz und Betroffenenrechten findest du hier:
www.fluter.de/datenschutz

Dance the war away

Es gibt Städte, die locken mit Architektur, Nachtleben und Kultur. Und dann gibt es Slowjansk. Doch seit Kurzem tut sich was in der ostukrainischen Kleinstadt nahe der Front: Eine Gruppe junger Leute organisiert Raves, deren Bässe bis in die internationale Presse wummern. Das hilft auch anderen Geschäften vor Ort – und bringt mehr als nur ein bisschen Alltag zurück. fluter.de/rave

Das Post-Trump-Land

Kaum öffneten sich die USA für Geimpfte, packte unser Reporterteam seine Koffer. Ziel der Reise: herausfinden, warum das Land auch nach der

Präsidentschaftswahl nicht so recht zur Ruhe kommt. Für unsere Serie trafen die Reporter sich mit Klimaaktivisten, mit einem Schüler, der unbeirrt für strengere Waffengesetze protestiert, und einem Lobbyisten, der ebenso beharrlich gegen Schwangerschaftsabbrüche kämpft. fluter.de/usa

Ist doch ein Scherz

Wir haben drei Comedians aus Indien, Russland und Deutschland vor die Kamera gebeten und gefragt: Lachen Menschen weltweit über die gleichen Dinge? Worüber sollte man in welchen Gegenden nicht scherzen? Und wo landet man wegen eines Witzes schon mal im Knast? fluter.de/scherz

Vorschau

Bitte schickt uns doch in Zukunft mal jede Minute euren Aufenthaltsort sowie die Bilder, Videos und Nachrichten, die ihr so mit euren Leuten austauscht. Ach ja, bitte vergesst nicht eure Airport-ID! Klingt übergriffig und absurd? So oder ähnlich klingen aber die Nutzungsbedingungen von „Sozialen Medien“ wie TikTok oder Instagram, die man bestätigen muss, um die Dienste nutzen zu können. Diese Daten sind für die Firmen Gold wert – je mehr, desto besser. Milliarden Menschen nutzen all die Plattformen täglich, um sich mit Freundinnen auszutauschen, Videos und Bilder zu teilen oder selbst Influencer oder Influencerin zu werden. Manche macht die andauernde Verfügbarkeit, das Vergleichen mit anderen und das ständige Bewertetwerden allerdings auch krank. So haben psychische Erkrankungen und Suizide bei jungen Menschen durch die Nutzung „Sozialer Medien“ in den vergangenen Jahren stark zugenommen. Zeit, dass wir uns positive und negative Seiten von Insta und Co. mal ansehen. Im nächsten fluter wollen wir uns dem Thema „Soziale Medien“ widmen.

2022 wirst du

Foto: Hahn + Hartung

Teil der Bildungselite

Eins ist in diesem Heft klar geworden. Ein sozialer Aufstieg gelingt oft über die Bildung – und die gibt es nicht nur in der Schule. *fluter* ist das Politikmagazin für junge Menschen in Deutschland. Neben einem kostenlosen Abo kannst du jede bisher erschienene Ausgabe bestellen: fluter.de/hefte

Täglich *tiefer*

Foto: Renke Brandt

blicken

Auf fluter.de gibt's immer
was Neues

